

WITIKOBRIEF

RECHTSWAHREND-STAATSTRAGEND-UNABHÄNGIG

Feber 2015



Europäische Kulturhauptstadt Pilsen
mit dubiosem Geschichtsbild (sh. S. 3)!

Inhalt (auszugsweise):			
1. Pilsen-europ.Kulturhauptstadt 2015 (<i>Volk</i>)	S. 03	10. Entwicklung d.Vertreibungsverbots (<i>Rabl</i>)	S.12
2. Der Vorsitzende hat das Wort	S. 05	11. Die Armenier geben nicht auf!	S. 13
3. Ein Wochenende im Sudetendt.Haus	S. 05	12. Was tut sich in den Gerichtssälen?	S. 14
4. Der 4.März 1919 (Liste der Toten)	S. 06	13. Tschechisches Buch hetzt gegen Deutsche	S. 15
5. Vorsicht Satzungsänderung!	S. 07	14. Die Königinhofer Handschrift (<i>Volk</i>)	S. 16
6. CHARLIE, PEGIDA und WIR	S. 08	15. Vorsicht Fettnäpfchen! (Immobilienkauf)	S. 18
7. Dresden am 12.01.2015 (<i>G.Bergmann</i>)	S. 09	16. Interessantes in Kürze	S. 19
8. Der BdV unter Dr. Bernd Fabritius	S. 10	17. Der Tod v. Dresden v.70 Jahren (<i>Korkisch</i>)	S. 20
9. Geben wir unsere Ziele auf? (<i>Hörrmann</i>)	S. 11	18. Postdemokratie – Systemanalyse (<i>Korkisch</i>)	S. 21

Impressum

DER WITIKOBRIEF.

(Mitteilungsblatt des Witikobundes, der sudetendeutschen Gemeinschaft nationaler Gesinnung)

Erscheinungsweise: Feber, Mai, August, November jeweils zur Monatsmitte; Jahresabo. 16 Euro; für Mitglieder frei.

Herausgeber: Witikobund e.V

V.i.S.P.: Felix Vogt-Gruber, 1. Vors., Prof. Bamann-Str. 19, D-89423 Gundelfingen, Tel/Fax: 09073-416556

Schriftleitung und Layout: Friedebert Volk, J.S.Bach-Str. 51, D-61250 Usingen/Ts.; Tel.: 06081-2611;

e-Post: [wikitobund-bundesverband@freenet.de](mailto:witikobund-bundesverband@freenet.de); Heimseite: www.witikobund.de

Druck: Ortmaier-Druck, 84160 Frontenhausen, Birnbachstr.2

Beiträge und Leserbriefe werden an die Schriftleitung erbeten. Änderungen vorbehalten!

Bankverbindungen: HypoVereinsbank München: IBAN: DE31700202706880157106; BIC: HYVEDEMMXXX);

(alt: Kto. 6880 157 106, BLZ. 700 202 70); Postbank München: IBAN: DE38700100800152360803; BIC: PBNKDEFF; (alt: Kto. 152 360-803; BLZ. 700 100 80)

Rechnungsstelle (auch für Spendenquittungen): Frau Christine Eder, c/o Heimatkreis Mies-Pilsen, Bauhofstr. 41, 91550 Dinkelsbühl, Tel.: 09851-53003, Fax: 09851-53004 (nur vormittags)

Der Witikobrief erscheint ununterbrochen seit 1958, jetzt im 58. Jahr!

Franz Grillparzer (1791-1872) über „gelehrte Toren“

Meinungsstarke Äußerung über J.G.Herder und andere „Erwecker“

„Nachdem die Tschechen alles, was sie wissen und können, von den Deutschen gelernt haben, ahmen sie ihnen zum schuldigen Dank auch ihre neuesten Narrheiten nach. Denn woher stammt dieses Geschrei von Nationalität anders als von den deutschen Lehrkanzeln, auf denen gelehrte Toren den Geist einer ruhig verständlichen Nation zum Wahnsinn und Verbrechen gesteigert haben? Dort ist die Wiege eurer Slawomanie, und wenn der Böhme am lautesten gegen die Deutschen eifert, ist er nichts als ein Deutscher, ins Böhmisches übersetzt“ (aus: R. Pozorny, Wir suchten die Freiheit, S. 13).



Grillparzer

Fundstücke:

1. An tschechischen „Diaspora-Schulen“ im Sudetenland gab es 1936 für 105 offene Stellen keinen einzigen Bewerber. Dagegen hatten 1.634 tschechische Lehrkräfte ihre Rückversetzung von dort ins Landesinnere beantragt. (Dorfbote 24.1.1937, zit. aus Narodni Listy).
2. Der Wiederaufbau der Burg Hohenberg wurde in den 50er Jahren energisch von dem Witikonen Ing. Herb. Schmidt vorangetrieben, der diese Bildungsstätte später auch leitete (Witikobrief 1958-08, S. 18).
3. Sven Hedin sprach im Oktober 1935 in Aussig und Prag über seine letzten Forschungsreisen. In Prag benötigte er Polizeischutz, weil ihm tschechische „Linkselemente“ wegen seiner Deutschfreundlichkeit mit Unruhen gedroht hatten (Sven Hedin, Deutschland und der Weltfriede, S.23).
4. Der tschech. Komponist Friedrich Smetana führte seine Tagebücher nur in deutscher Sprache. Den Namen Bedrich nahm er später an, in der Taufmatrik steht Friedrich (Reinhard Pozorny, Wir suchten die Freiheit, S.135).
5. In Hitlers KZs befanden sich sechsmal so viele Sudetendeutsche wie Österreicher (Witikobrief 1960-03, S.24).

Pilsen – europäische Kulturhauptstadt 2015

Für das Jahr 2015 erklärte die EU das westböhmisches Pilsen und das belgische Mons (85 Kilometer südwestlich von Brüssel) zu europäischen Kulturhauptstädten. Beide stellen sich im Internet vor und laden zu den verschiedensten Veranstaltungen ein. Pilsen tut das unter der Adresse <http://www.pilsen.eu>. Etwas versteckt unter dem Oberbegriff „Tourist“ gibt es dort auch eine tabellarische Übersicht über die Geschichte Pilsens. Sie umfasst fünf Seiten und ist besonders interessant für Angehörige der ehemaligen deutschen Minderheit Pilsens. Aber wie fast zu befürchten war, ist über den deutschen Anteil an der Stadtentwicklung nichts zu finden. Das Wort „deutsch“ oder ein deutscher Name kommen auf den fünf Seiten so gut wie gar nicht vor. Der Witikobrief ist aber in der Lage, dieses Defizit etwas auszugleichen.

Das „deutsche Pilsen“

Es gehört zum kleinen Einmaleins der böhmischen Geschichte, dass alle Städte Böhmens – außer Tabor – deutsche Gründungen sind. Bei Pilsen war es nicht anders. Um 1295 beauftragte König Wenzel II. (1271-1305, auch Verfasser dreier deutscher Minnelieder!) den Lokator Heinrich mit der Gründung einer Stadt am Zusammenfluss der Wasserläufe Miesaa, Radbusa, Angel und Amsel. Wie die ersten Ratslisten zeigen, waren die Bürger deutsch: 1315 trugen von neun Ratsherren acht einen deutschen Namen, keiner einen tschechischen, und einer ist national nicht einzuordnen. Das ging so weiter bis einschließlich 1377, denn auch der Zuzug bestand meist aus Deutschen, und zwar alleine aus böhmischen Städten. Ab 1379 allerdings gab es mehr tschechische Namen, denn jetzt überwog der Zuzug aus den tschechischen Dörfern im Umkreis Pilsens. Ab 1398 fehlen die deutschen Namen im Rat völlig (siehe Kasten nebenan!).

1315 - 8: 0: 1
1326 - 7: 0: 1
1339 - 10: 1: 1
1344 - 9: 1: 3
1347 - 8: 1: 4
1377 - 6: 2: 5
1379 - 5: 6: 2
1385 - 4: 4: 5
1398 - 0: 8: 1
1417 - 0: 7: 2

aus: E. Schwarz,
S. 128

Das hatte auch etwas mit den Hussitenkriegen zu tun. Da man in Pilsen aber katholisch und königstreu geblieben war, scheint man die Deutschen nur aus dem Magistrat verbannt, sonst jedoch halbwegs geduldet zu haben, denn man verstand noch die deutsche

Sprache und benutzte sie auch, wenn es im eigenen Interesse lag, wie 1428 in einem Brief an die Stadt Eger (Schwarz, S. 146). Letztlich entschied aber die Wirtschaft über die Rolle der Deutschen. So stellte selbst Paul Zidek fest (Berater König Podiebrads, 1458-1471), dass die Tschechen zu unfähig seien (er verwendet das Wort „hloupi“ = dumm!), gewisse Wirtschaftszweige ohne die Deutschen auf gleicher Höhe weiterzuführen (Kaindl, S. 25). Das dürfte deutsche Fachkräfte in so großer Zahl auch nach Pilsen gelenkt haben, dass es 1500 sogar zu Abwehrmaßnahmen kam: Man vergab das Bürgerrecht nur noch an Bewerber mit tschechischen Sprachkenntnissen, und 1526 empfahl der Administrator des Erzbistums Prag den Pilsnern, nur noch tschechische Predigten zuzulassen.



Zauper. O.Praem.

Deutsche Briefe aus Plan und Tepl wurden zwischen 1539 und 1559 ungelesen zurückgeschickt. Aber vergebens! Nicht nur, dass Böhmen seit 1526 einen Habsburger als König hatte, auch der Vormarsch der damaligen Hightec-Industrie wie Buchdruck, Uhrmacherkunst und Waffentechnik ect. war nicht zu bremsen und mit ihr der Zuzug deutscher Fachkräfte. Genannt seien nur die Buchdrucker Ullbeck und Fenzel. Umschlagplatz war vor allem Nürnberg (Peter Henlein!).

Einen Markstein stellte die „Verneuerte Landesordnung“ dar, die ab 1627 die Gleichberechtigung beider Sprachen vorsah. Der deutsche Einfluss erreichte auch in Pilsen seinen Höhepunkt unter Maria Theresia und Kaiser Josef II. und dauerte bis etwa 1850. In dieser Zeit lebte mit dem Deutschen Stanislaus Zauper (1784-1850) auch einer der Erwecker des Tschechentums in der westböhmisches Metropole. Er war Direktor des Pilsner Gymnasiums und vor allem bekannt als Freund Goethes. Die Deutschen verloren 1864 die Mehrheit im zweiten und dritten Wahlkörper. Im ersten Wahlkörper behaupteten sie sich bis 1897, denn die Wirtschaft Pilsens lag überwiegend in deutscher und jüdischer Hand.

Man sprach deutsch

Als Kaiser Franz Josef am 30.8.1885 nach Pilsen kam, wunderte er sich, dass alle Wirtschaftsvertreter deutsch sprachen. Emil Ritter von Skoda bestätigte ihm den deutschen Charakter der Pilsner Unternehmensschaft. Auf deutsche Gründer gingen daher auch die beiden jetzigen Pilsner Weltfirmen, das Pilsner Urquell und die Skodawerke, zurück.

Pionier für das Pilsner Bier war Wenzel Mirwald aus Langendorf im südlichen Böhmerwald. Er war Inhaber des Gasthauses „Goldener Adler“ gegenüber der Bartholomäus-Kirche. Zusammen mit elf weiteren Pilsner Bürgern (darunter nur ein tschechischer Name) berief er 1842 den Vilshofner Josef Groll als Braumeister. Die Braurechte waren auf 248 Häuser der Pilsener Altstadt verteilt und brachten den Besitzern satte Gewinnanteile. 1945 wurden sie enteignet und mussten sich als Vertriebene mit einer winzigen Entschädigung aus dem deutschen Lastenausgleich zufriedengeben.

Eine deutsche Erfolgsgeschichte war auch die Firma Skoda. Ihr Gründer studierte in Karlsruhe und sammelte erste Berufserfahrungen in Bremen. In der 1990 erschienenen offiziellen Firmengeschichte heißt es etwas verschämt und in einer Fußnote versteckt, dass „*der Familienkreis der Skodas mit der deutschen Umwelt verbunden war*“ (Janacek, S. 195). Beim Ableben des Firmeninhabers 1900 trauerte nur das „deutsche Pilsen“ um ihn. Die beiden tschechischen Zeitungen Pilsens nahmen davon keine Notiz. Als die tschechische Presse 1939 zum 100. Geburtstag Skodas auf dessen tschechischen



Emil Ritter von Skoda
mit Gattin Hermine,
geb. Hahnenkamm,
Enkelin des Bier-
Pioniers W. Mirwald.

Großvater anspielte, erklärte seine Tochter Johanna („Jenny“) in einem Leserbrief, dass die gesamte Familie deutsch sei.

Wie aber kamen die Skodawerke in tschechische Hand? Das geschah bereits 1919, als man Carl von Skoda, dem Sohn und Erben des Firmengründers, jede unternehmerische Tätigkeit in der neuen CSR untersagte. Dadurch (und flankiert von einigen geschmacklosen Verleumdungen) erreichte man, dass er die Aktienmehrheit an den Skodawerken tschechischen Banken (unter pari) überließ. Sofort wurden 1.200 deutsche Angestellte entlassen. Diese erinnerten in einem offenen Brief daran, dass der „*Erfolg des Werkes zu 90 Prozent auf deutscher Geistesarbeit beruhe*“ (Pilsner Tagblatt, 2.3.1919). Die Werkssprache blieb zunächst deutsch, und für die entlassenen deutschen Ingenieure stellte man solche aus der Schweiz ein.

Es blieb nicht beim Identitätsklau

Nach 1945 blieb es auch bei den Skodas nicht beim Identitätsklau. Die ganze Familie wurde enteignet und vertrieben. Nur Johanna konnte dank ihres tschechischen Schwiegersohnes bleiben. Ihre Neffen Emil und Karl (die Söhne Carls) verloren 1945 ihr Leben; Karl starb in Prag (Pankraz) und Emil, nach Entlassung aus der Wehrmacht, im Kreisgefängnis Pilsen. Seine sterblichen Überreste wurden nach Angaben eines alten Totengräbers im Massengrab am Zentralfriedhof verscharrt. Die Familie des Firmengründers ist damit im Mannesstamm erloschen.

Nur die Maske der Kultur?

An diesem Punkte berühren wir das schändlichste Kapitel in der Geschichte Pilsens. Die Angehörigen der deutschen Minderheit, immerhin 7.000 Menschen, wurden im Mai 1945 unterschiedslos in das Lager Karlov oder in die Strafanstalt Bory gebracht. Dabei verloren mindestens 461 namentlich erfasste deutsche Pilsner ihr Leben (Jahrbuch Mies-Pilsen 5, S. 15 ff.), darunter nicht nur die Skoda-Enkel, sondern auch Theodor Grünberg, der Vater des Nobelpreisträgers 2010 in Physik, Peter Grünberg. Das liefert freilich auch die Erklärung für das Verschweigen des „deutschen Pilsen“. Jan Stransky, Sohn des csl. Justizministers, hoffte, offensichtlich aus Scham, dass die Geschichte der Deutschenvertreibung nie geschrieben werde (Stransky, S. 149). Wenn Scham auch in Pilsen das Motiv für das Herumfrisieren und -amputieren an der Stadtgeschichte ist, könnte man es vielleicht noch positiv werten. Schlimm wäre aber, wenn man über eine „Kulturstadt“ sagen müsste, was Father Reichenberger nach dem Kriege über Prag schrieb: „*Nur fort aus Prag, das nur die Maske der Kultur trägt*“ (Reichenberger, S. 219).



Strafgefängnis Bory zu Pilsen

Ein Lichtblick ist gegenwärtig nur der junge Künstler Lukasch Houdek aus Mies, Westböhmen. Im Gebäude des Pilsner Südbahnhofs (einst Bahnhof Reichsvorstadt) hat er die Gräueltaten an Deutschen mit Barbiepuppen nachgestellt und fotografiert. Dafür wird er von seinen Landsleuten zwar geschmäht, trägt aber beträchtlich zur Ehrenrettung der Stadt bei. (F.Volk, geb. in Pilsen)

Quellen: Jahrbuch Mies-Pilsen 5, Dinkelsbühl 1996; Janacek, Frantisek, Nejvetsi zbrojovka Monarchie, Pilsen 1990
Kaindl, Raimund, Der Völkerkampf und Sprachenstreit in Böhmen, Wien, 1927; Reichenberger, E.J., Europa in Trümmern, Graz 1952;
Schwarz, Ernst, Volkstumsgeschichte der Sudetenländer, Teil I, Böhmen. Stransky, Jan, East wind over Prague, London 1950

Der Vorsitzende hat das Wort:

Felix Vogt Gruber

Liebe Kameradinnen und Kameraden!

Siebzig Jahre nach Kriegsende machen wir eine eigenartige Beobachtung. Die äußeren Besatzungsmächte wie die USA, Russland usw. haben Deutschland weitgehend geräumt, vorhanden ist aber noch eine Art innerer Besatzungsmacht, die uns unaufhörlich vorschreiben will, was wir denken und tun dürfen. Ganz besonders haben sie es auf die Vertriebenen abgesehen. Jede über die Kulturpflege hinausgehende Regung wird unter Anwendung raffiniertester Erpressungsrhetorik gezeißelt. Viele aus unseren Reihen konnten dem nicht standhalten und haben sich untergeordnet. Umso wichtiger ist es, dass es noch einige „**Hüter der Substanz**“ gibt. Diese sind bei den Sudetendeutschen gerade jetzt gefordert, da wieder eine Änderung unserer SL-Satzung geplant wird (sh. S. 7!). Es wäre fatal, wenn dabei die Weichen falsch gestellt würden. Unsere Väter haben den Rechtskampf seit dem 4. März 1919 geführt, und niemand von uns sollte ihn aufgeben! Beispielhaft sind die Armenier, die noch einige Jahre länger als wir unverzagt an ihren Rechten festhalten!

Liebe Kameradinnen und Kameraden, in wenigen Wochen treffen wir uns wieder zu den Feiern des 4. März. Nehmt bitte daran in Eurer jeweiligen Region teil und zeigt damit, dass wir zu unserer Heimat stehen! Darum bittet Euer

Felix Vogt Gruber

Ein Wochenende im Sudetendeutschen Haus

Am 24. Jänner 2015 gab es im Adalbert-Stifter-Saal des Sudetendeutschen Hauses (SH) eine „Europäische Neujahrsveranstaltung“, an der auch der Witikobund teilnahm. Als Ausrichter traten in Erscheinung die beiden mitgliederstärksten SL-Bezirke Oberbayern und Schwaben sowie der BDV-Verband Oberbayern. Die Moderation lag in Händen von Hans Slezak und Felix Vogt Gruber. Als Redner konnten MdL Florian Streibel (Freie Wähler, Sohn des früheren MP) und Bischof Dr. Walter Mixa gewonnen werden. Streibel sicherte den Vertriebenen seine Unterstützung zu und Dr. Mixa umriss, passend zur Islam-Debatte, die Bedeutung des Christentums für unsere Kultur. Auf Nachfrage bedauerte er das Abschalten der Beleuchtung am Kölner Dom während der Pegida-Demonstration. Unfallbedingt konnte sich der BDV-Vorsitzende Maywald nur schriftlich an die Versammlung wenden. Er betonte, dass die jetzt eintreffenden Flüchtlinge im Gegensatz zu uns nicht vertrieben wurden und nach Ende der Kampfhandlungen wieder in ihre Heimat zurückkehren dürfen. In seinem Schlusswort umriss Hans Slezak noch einmal die Menschenrechtslage und dankte allen Besuchern und den Mitwirkenden für ihr Kommen bzw. ihre Beiträge. Für die künstlerische Umrahmung hatte eine russlanddeutsche Musikgruppe gesorgt. Steigerungspotential war noch bei der Zusammenarbeit mit der Sudetendeutschen Zeitung erkennbar, in deren Terminkalender diese Veranstaltung nicht vorkam. Dennoch hatten sich etwa 100 Besucher versammelt, die sich nach der Feier auch noch sehr ausdauernd an einem Stehempfang beteiligten.



Sudetendeutsches Haus München

Bemerkenswertes ereignete sich ein Stockwerk höher: Dort tagte parallel zum Neujahrsempfang der SL-Bundesvorstand. Aus Zeitnot verzichtete er darauf, sich wenigstens kurz bei der Neujahrsveranstaltung zu zeigen. Dabei wäre gerade an diesem Tage der Dialog mit der Basis wichtig gewesen, denn in den Tagungsmappen lag auch der Entwurf zur umstrittenen Satzungsänderung (§ 3!)! In Franken sind übrigens schon die Folgen dieser Publikumsaskese zu besichtigen: Dort entschloss sich ein Ortsverein mit 55 Mitgliedern zur Sezession von der Bundes-SL, weil er sich von dieser nicht mehr vertreten fühlte! Sich angesichts dessen hinter gepolsterten Bürotüren zu verschanzen, erachteten viele als die falsche Strategie!

Der 4. März 1919

**Der Witikobrief erinnert an den 4.März 1919 mit dem Abdruck der Opferliste.
Jeder von uns möge sich an einer der Märzfeiern in seiner Region beteiligen!**

	Name, Alter	Beruf	Ort
01	Anna Sachs, 41 J.	Brauereimeistersgattin	Arnau
02	Aloisia Baudisch, 16 J.	Arbeiterin	Arnau
03	Franz Jarsch, 60 J.	Fleischhauer	Aussig
04	Josef Christl, 18 J.	Student	Eger
05	Grete Reinl, 18 J.	Studentin	Eger
06	Erich Benesch, 30 J.	Spinnmeister	Kaaden
07	Andreas Benedikt, 46 J.	Bäcker	Kaaden
08	Ludmilla Doleschal, 26 J.	Näherin	Kaaden
09	Wilhelm Figert, 22 J.	Zimmermaler	Kaaden
10	Ferdinand Kumpe, 15 J.	Tagelöhner	Kaaden
11	Karl Lochschmid, 11 J.	Schüler	Kaaden
12	Marie Loos, 54 J.	Hausfrau	Kaaden
13	Leopoldine Meder, 28 J.	Schneiderin	Kaaden
14	Oskar Meier, 16 J.	Lehrling	Kaaden
15	Berta Meier, 40 J.	Näherin	Kaaden
16	Hugo Nittner, 18 J.	Elektriker	Kaaden
17	Paul Passl, 18 J.	Mittelschüler	Kaaden
18	Franziska Paßler, 46 J.	Gerbersgattin	Kaaden
19	Theodor Romig, 17 J.	Mittelschüler	Kaaden
20	Anna Rott, 41 J.	Spenglersgattin	Kaaden
21	Julie Schindler, 17 J.	Hausgehilfin	Kaaden
22	Paula Schmiedl, 15 J.	Schülerin	Kaaden
23	Franz Schneider, 52 J.	Schuhmacher	Kaaden
24	Marie Stöckl, 23 J.	Arbeiterin	Kaaden
25	Ariane Sturm, 24 J.	Näherin	Kaaden
26	Karl Tauber, 14 J.	Schüler	Kaaden
27	Kath. Tschemmerhöhl, 49 J.	Arbeiterin	Kaaden
28	Aloisia Weber, 20 J.	Kanzleigehilfin	Kaaden
29	Josef Wolf, 51 J.	Tagarbeiter	Kaaden
30	Marie Ziener, 18 J.	Näherin	Kaaden
31	Rosa Heller, 24 J.	Private	Mies
32	Johann Luft, 28 J.	Bahnarbeiter	Mies
33	Michael Fischer, 37 J.	Arbeiter	Karlsbad
34	Alfred Hahn, 19 J.	Buchhalter	Karlsbad
35	Wilhelm Reingold, 52 J.	Kaufmann	Karlsbad
36	Ferdinand Schuhmann, 56 J.	Arbeiter	Karlsbad
37	Josef Stöck, 44 J.	Arbeiter	Karlsbad
38	Wenzel Wagner, 30 J.	Maurer	Karlsbad
39	Josefa Bolek, 37 J.	Arbeiterin	Sternberg
40	Otto Faulhammer, 18 J.	Schlosser	Sternberg
41	Matthias Kaindl, 16 J.	Lehrling	Sternberg
42	Hermine Kirsch, 37 J.	Arbeiterin	Sternberg
43	Alois Länger, 42 J.	Kutscher	Sternberg
44	Josef Laser, 80 J.	Pfründner	Sternberg
45	Rudolf Lehr, 16 J.	Dachdecker	Sternberg
46	Franz Meier, 36 J.	Bäcker	Sternberg
47	Amalia Neckel, 38 J.	Arbeiterin	Sternberg
48	Franz Prosser, 28 J.	Drechselgehilfe	Sternberg
49	Ferdinand Pudek, 56 J.	Arbeiter	Sternberg
50	Bruno Schindler, 68 J.	Arbeiter	Sternberg
51	Emil Schreiber, 18 J.	Schriftsetzer	Sternberg
52	Ed. Sedlatschek, 46 J.	Bediensteter	Sternberg
53	Josef Simak, 48 J.	Arbeiter	Sternberg
54	Richard Tschauner, 26 J.	Schneider	Sternberg

Vorsicht Satzungsänderung!

Im dritten Anlauf soll es nun gelingen. Schon 1997 versuchte SL-Sprecher Franz Neubauer, die SL-Satzung zu ändern. Ein Mitglied aus Hessen monierte Formfehler und verhinderte die Anerkennung beim Registergericht solange, bis die SL-Bundesversammlung selbst auf die Änderung verzichtete.

Der zweite Anlauf erfolgte im März 2011 und war raffinierter. Als das Hintertürchen erkannt war, war das Ganze schnell vom Tisch.

Nun wurde am 24. 1. 2015 auf der Bundesvorstandssitzung der SL die dritte Variante beschlossen. Sie wird im Kasten (sh. unten!) der noch gültigen, historischen Fassung gegenübergestellt. Zu beachten ist, dass die Buchstaben b), c) und d) der alten Fassung in der Neufassung zum Buchstaben b) zusammengefasst wurden.

Jetzt gültige Fassung	Geplante Fassung
§ 3, 1) Die Sudetendeutsche Landsmannschaft verfolgt ...gemeinnützige Zwecke... Diese Zwecke sind: a) ... b) an einer gerechten Völker- und Staatenordnung mitzuwirken, in der Vertreibungen, Völkermord oder „ethnische Säuberungen“ und Diskriminierungen weltweit gebannt und insbesondere das Recht auf die Heimat, das Volksgruppenrecht und das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker und Volksgruppen garantiert sind; c) den Rechtsanspruch auf die Heimat, deren Wiedergewinnung und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppe durchzusetzen; d) das Recht auf Rückgabe bzw. gleichwertigen Ersatz oder Entschädigung des konfiszierten Eigentums der Sudetendeutschen zu wahren. e-g)	Die Sudetendeutsche Landsmannschaft verfolgt ...gemeinnützige Zwecke...Diese Zwecke sind: a) ... b) eine gerechte Völker- und Staatenordnung zu verwirklichen, in der die Menschenrechte, das Recht auf die Heimat und das Selbstbestimmungsrecht der Völker und Volksgruppen gewahrt werden und insbesondere Vertreibung, Völkermord, völkerrechtswidrige Enteignung sowie Diskriminierungen weltweit geächtet werden und dort, wo sie erfolgten, im Rahmen des Möglichen geheilt werden. c) neu = e) alt d) neu = f) alt e) neu = g) alt

Zu Verfahren und Inhalt

Zur Bundesversammlung wurde fristgerecht eingeladen. Dennoch bleibt den Delegierten für die Abstimmung mit den Vereinsgliederungen zu wenig Zeit. Dies ist umso misslicher, als die geplante Satzungsänderung massiv in die **Substanz** des Vereinszweckes eingreift. Sie verlässt den Grundsatz der Naturalrestitution und begnügt sich mit **unspezifizierten Gerechtigkeitsgrundsätzen**, in denen das Mitglied keinen Bezug mehr zu seinem individuellen Anliegen erkennen kann. Hier geht es nicht um eine Nebensächlichkeit, sondern um den Kern unserer Existenz als Volksgruppe und um den **Schlußstrich** unter siebzig Jahre Kampf um unser Heimatrecht! In Anbetracht dessen hätte man wenigstens eine frühzeitige Debatte in der Vereinszeitung erwartet. Aber nichts dergleichen! Der erste Bericht darüber erschien erst drei Wochen vor der Abstimmung. Wagt niemand aus der Vereinsspitze, vor die Basis zu treten?

Schließlich verstößt die Neufassung auch gegen die **Solidarität** der Vertriebenen in aller Welt. Vertreibungen werden nur dann „weltweit“ unterbleiben, wenn sie sich nicht mehr lohnen. Solange aber Rückkehrrecht und Naturalrestitution nicht zwingend gefordert werden und man sich stattdessen mit Entschädigungen „im Rahmen des Möglichen“ begnügt, kann das Übel nicht ausgeremert werden. Insofern ist der Entwurf auch eine gedankliche Fehlleistung und sollte schleunigst in einem großen Papierkorb verschwinden. Mustergültig hingegen verhalten sich die Armenier, die seit 100 Jahren unbeugsam auf ihren Rechten bestehen.

Es bleibt eine kleine Hoffnung: Änderungen des Vereinszwecks können nur einstimmig erfolgen (§ 33 BGB).
(F.V.)

CHARLIE, PEGIDA und WIR

Mit „Charlie“ und „Pegida“ kam die ganze Pathologie unseres politischen Systems zum Vorschein. Da auch die Vertriebenen darunter leiden, müssen wir die Vorgänge etwas genauer betrachten.

Charlie

Die Schwere des Attentats in Paris verbot es jedem, daran sein Süppchen zu wärmen. Eine Widerlegung von „Pegida“ war das aber eigentlich auch nicht. Verständlich, aber wenig überlegt war die Reaktion der hohen Politik. Man ging für die uneingeschränkte Meinungsfreiheit auf die Straße. Das ist aber ein heißes Eisen, denn wenn man Zuwanderung will, gehört es sich, auf die religiösen Gefühle der Neubürger Rücksicht zu nehmen. Ungezügelter Pressefreiheit ist da die falsche Parole. Es roch sogar etwas nach Eigentor, denn die Garantien des Artikels 5 GG gelten auch in Deutschland nur bedingt, und Gefängnisstrafen für Meinungsdelikte sind bei uns gar nicht so selten! Frau Wagenknecht ging noch weiter. Sie lenkte den Blick auf die vielen unschuldigen Opfer von NATO-Drohnenangriffen im Nahen Osten, für die es keine Trauermärsche gebe. Herr Todenhöfer führte die Radikalisierung von Muslimen auf die „Ölkreuzzüge“ gegen deren Staaten zurück. So viel zu „Charlie“.

Pegida

Was treibt „Pegida“ auf die Straßen? Es ist der arrogante Politikstil, der die Wähler zum „Urnenpöbel“ erniedrigt. Als Beispiel diene das Fernsehen. Das Programm ist politisch einseitig und kulturell seicht.



Pegida Dresden, 25.1.2015,

Dennoch wurde selbstherrlich jedem Haushalt eine deftige Zwangsgebühr auferlegt. Juristische Schritte verlaufen im Sande. Es bleibt nur der außerparlamentarische Protest. Andere Problemfelder, wie die überstürzte Energiewende und die räuberische Währungspolitik haben noch schlimmere Auswirkungen. Der kleine Mann fragt sich zunehmend, wo bleibe ich? Wann gibt es einmal ein Gesetz, das mir zeigt, dass der Gesetzgeber auch einmal wohlwollend an mich denkt? Der Gipfel ist schließlich erreicht, wenn die Regierung (wie geschehen) Psychologen anwirbt, die

die Willensbildung der Massen steuern sollen.

Und WIR?

Die Gefühle des durchschnittlichen „Pegidisten“ sind den Vertriebenen nicht ganz fremd. So wird auch bei ihnen selbstgerecht diagnostiziert, dass die Integration erfolgreich gewesen sei und kein politischer Handlungsbedarf mehr bestehe. Hinweise auf Menschenrechtsverletzungen werden überhört, sogar bei Gericht. Heimatbewusste Vertriebene werden im besten Fall mit freundlichem Desinteresse wahrgenommen und eine gewisse Clique von Besserwissern beschimpft sie sogar als „Latenznazis“. So haben es die Vertriebenen verlernt, überhaupt noch Ansprüche zu stellen.

Wie geht es weiter?

Meinungsforscher haben festgestellt, dass es 54 % der Pegida-Teilnehmer weniger um den Islam geht als um die Fehlentwicklungen der Politik im Allgemeinen. Das ist eine Zahl, die manchem Politiker Beine gemacht hat. Vizekanzler Sigmar Gabriel sprach mit Pegida-Teilnehmern und kritisierte die vom Fernsehen veranstalteten „Elitedialoge“. Der sächsische Ministerpräsident Tillich (CDU) erkannte sogar, dass der Islam nicht zu Sachsen gehöre! Auch Kanzlerin Merkel begann zurückzurudern, denn vor der Jungen Union räumte sie ein, dass das Modell einer multikulturellen Gesellschaft gescheitert sei. Der Halbzeitwert solcher Aussagen wird allerdings rasch sinken, wenn bei den neuen „Kundgebungen für Toleranz“ 55 % der Teilnehmer erklären, mit der Politik im Allgemeinen zufrieden zu sein.

Unabhängig davon muss gelten, dass Politik für die Menschen da sein muss. Diese Lektion muss jetzt im Hausaufgabenheft der Politiker ganz oben stehen. Vielleicht gibt es dann auch eine Chance für die Vertriebenen.

Zum Umschlagbild der letzten Folge (Nov. 2014):

Das Foto mit den zum Bahnhof marschierenden Vertriebenen druckte auch der Heimatbrief Mies-Pilsen ab. Mehrere Leser erkannten darauf ihre Verwandten, die Mies am 15. April 1946 verließen. Dieses Datum wird durch den auf dem Bild zu erkennenden Vegetationsstand bestätigt. Damit gelang die Datierung des Bildes.

Dresden am 12.01.2015 - Ein Abendspaziergang mit Pegida

Am 12. Januar dieses Jahres fand in Dresden der 12. Abendspaziergang der Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (PEGIDA) gegen Glaubenskriege, religiösen Fanatismus und für Meinungsfreiheit statt, an dem der Autor dieser Zeilen teilgenommen hat. Nach offiziellen Zahlen sollen es 25.000 Teilnehmer gewesen sein. In Wahrheit waren es wesentlich mehr, möglicherweise sogar 40.000. Treffpunkt war der Skatepark in der Lingnerallee. Hier fanden zu Beginn und zum Ende der Veranstaltung Kundgebungen statt. Konkret wurden aus dem Pegida-Forderungskatalog 6 Punkte genannt, die durch die Politik als vertrauensbildender Anfang in die Tat umgesetzt werden sollten. Etwas gestrafft sind es folgende:

1. Ein Zuwanderungsgesetz, dass die zukünftige qualitative Zuwanderung regelt und die derzeitige rein quantitative Zuwanderung stoppt,
2. Aufnahme eines Rechtes auf und einer Pflicht zur Integration,
3. Konsequente Ausweisung und Wiedereinreiseverbot von Islamisten und religiösen Fanatikern, die aus „heiligen Kriegen“ zurückkehren,
4. Direkte Demokratie auf Bundesebene auf Basis von Volksentscheiden,
5. Ende der Kriegstreiberei, u. a. gegen Russland,
6. Mehr Mittel für innere Sicherheit (Stopp des Stellenabbaus bei der Polizei).

Zwischen den Kundgebungen lag eine ca. 1,5-stündige Wanderung durch Dresden. Auf Wunsch der Veranstalter sollten dabei keine Parolen gerufen werden. Das wurde auch weitgehend eingehalten. Nur an den Konfrontationspunkten mit den Gegendemonstranten, die durch besonders „geistreiche“ Parolen wie „Wir sind die Mauer, das Volk muss weg“ oder „Nie wieder Deutschland“ auffielen, haben wir durch lautstarken Applaus oder den Ruf „Zugabe“ gekontert. Auf den Kundgebungen vor und nach dem Spaziergang erschallte dagegen lautstark der bekannte Ruf „Wir sind das Volk“, etwas leiser und seltener auch „Lügenpresse“. Dass die Presse lügt und zusätzlich auch noch ihren Job miserabel macht, wurde u.a. durch folgende Ereignisse deutlich:

Unter den Teilnehmern der Demonstration begann ein großes Rätselraten über die Zuordnung der mitgeführten Fahnen. Eine erinnerte sehr an skandinavische Fahnen. Zwei Dresdener, eine junge Frau aus Paris und ich waren uns in unserem Urteil aber nicht sicher. Unsere Vermutung wurde am nächsten Tag anfangs auch von der „Huffington Post Deutschland“ aufgegriffen, um sie wenig später dann aber als die Fahne der „German Defence League“ zu „enttarnen.“ Endlich war er wieder hergestellt, der Bezug zur Ausländerfeindlichkeit und zum Rechtsradikalismus. Man konnte sich zufrieden zurücklehnen. Dumm nur, dass auf der facebook-Seite von Pegida klargestellt werden konnte, dass es sich um die Fahne des deutschen Widerstandes handelte, die auch als Stauffenberg-Fahne bezeichnet wird. Sie wurde 1944 von Josef Wirmer, einem Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, als neues Nationalsymbol für das zukünftige Deutschland vorgeschlagen. Auweia! Das ging glatt daneben.

Weiters war es den staatstreuen Medien z. B. nicht gelungen zu erfahren, wo überall in Deutschland Ableger der Pegida-Organisation existieren. Deren Organisationsteam ist nun eingesprungen und hat die einzelnen Stützpunkte zum Mitschreiben aufgezählt. Derben Spott, wie „Schwachköpfe“ und „staatstreue Nichtsnutze“, die nicht in der Lage sind ihren Job zu machen, mussten sie durch den Redner nun über sich ergehen lassen. Hier, wie auch an vielen anderen Stellen, kann man erkennen, dass Qualitätsjournalismus in Deutschland scheinbar fast nur noch im submikroskopischen Bereich stattfindet.

Wenn man wie ich bei einer dieser Veranstaltungen dabei war, wird schnell klar, dass der politisch-medialen Klasse diese ganze Bewegung nicht passt. Das sieht man an ihren heftigen Beißreflexen und ihrem denunziatorischen Potential, das ich so nicht erwartet hätte. Die Begrenzung und Kontrolle der Zuwanderung entspricht nicht dem Wertekanon dieser Klasse, den sie nun durch die Erfolge der Pegida-Bewegung gefährdet sieht. Sie tritt lieber für eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur ein, die an das bekannte Eintopfgericht „Leipziger Allerlei“ erinnert. Ihr tief im Sumpf der 68er Bewegung steckendes geistig-moralisches Fundament zeigt „Grundbruch“ an. Die Risse in ihrer Deutungshoheit von gesellschaftlichen Realitäten und Entwicklungen sind überall sichtbar. Der Wind beginnt sich nachweislich zu drehen. Nun heißt es dran bleiben, auch und gerade bei der Vertreibungsfrage, und ihnen ein entspanntes, aber unmissverständliches RECONQUISTA! zuzurufen. Schritt für Schritt.

(G. Bergmann)

Der BdV unter Dr. Bernd Fabritius

Seit der Wahl Bernd Fabritius` zum neuen BdV-Vorsitzenden sind einhundert Tage vergangen. In dieser Zeit gab er mehrere Stellungnahmen ab, die seinen Kurs erkennen ließen. Dabei sollte man aber nicht vergessen, dass seine Vorgängerin, Frau Steinbach, mit der Satzungsänderung von 2012 schon entscheidende Weichenstellungen vorgenommen hatte.



Dr. Bernd Fabritius

So wurden in der Neufassung weggelassen:

- * > das Ziel der Wiedervereinigung aller Teile Deutschlands,
- * > das Eintreten für das Eigentumsrecht und
- * > der Aufruf an die Jugend zur Mitarbeit bei der Erfüllung dieser Aufgaben.

Neu sind dagegen

- * > die Förderung der Völkerverständigung durch partnerschaftliche Beziehungen zu der Bevölkerung unserer östlichen Nachbarstaaten auf der Basis von Wahrheit und Recht und
- * > die „Beratung, Betreuung und Unterstützung ...von Zuwanderern/Migranten, um ihre gesellschaftliche und wirtschaftliche Eingliederung zu erleichtern.“

Der Vorsitzende hält die Spur

Völlig im Rahmen der neuen Satzung bewegte sich ein Radiogespräch, das Dr. Fabritius am 9.11.2014 führte. Er umschiffte erfolgreich die Punkte Wiedervereinigung mit Ostdeutschland und Wiedergutmachung der an den Vertriebenen verübten Völkerrechtsverbrechen. Wörtlich sagte er: „*Im 21. Jahrhundert kann es nicht mehr um die Frage der materiellen Entschädigung gehen.*“ Auch von der Einbindung der Jugend war nicht die Rede, was in naher Zukunft zum Erlöschen der Vertriebenenrechte führen wird. Fabritius machte sich auch Gedanken über eine neue Klientel. Da die meisten Zuwanderer nach Deutschland nicht vertrieben wurden (sie könnten nach dem Ende der Kampfhandlungen wieder in ihre Heimat zurückkehren), denkt er auch über einen neuen Namen des BdV nach. In ihm könnte der Begriff „Vertreibung“ durch „Auswandern“ ersetzt werden, wie er es in dem Radiogespräch teilweise schon tat. Ins Bild passt, dass Polen für seine angeblich „hervorragende Minderheitenpolitik“ gelobt wurde, obwohl der Europarat vor drei Jahren noch eine scharfe Rüge ausgesprochen hat, ohne dass sie groß beachtet wurde.

Gedenktag und Stiftungsrat

Schon vor seiner Wahl zum BdV-Vorsitzenden begrüßte Fabritius den Beschluss der Bundesregierung, den Gedenktag für die Vertreibung Deutscher mit dem Weltflüchtlingstag am 20. Juni zu vermischen. Drei Landesregierungen beschämten ihn aber, als sie diesen Gedenktag auf den September jeden Jahres legten.

Fabritius gehörte auch zu den sechs Vertretern des BdV im **Stiftungsrat** „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, die dort der zweifelhaften Konzeption für die Dauerausstellung in Berlin zugestimmt haben. Sie ersetzt für die Vorgänge nach dem 02.08.1945 (Potsdamer Protokoll) den Begriff „Vertreibung“ durch „Zwangsaussiedlung“ und reduziert die Zahl der Vertreibungstoten von 2,2 Mio. auf 0,6 Mio. Was uns erwartet, lässt die Ausstellung „Erzwungene Wege“ ahnen. Der Vertreibung aus dem Sudetenland (3 Mio. Menschen!) war gerade einmal eine Schrifttafel und eine Vitrine gewidmet.

Wo blieb der Aufschrei?

Die Vertriebenen haben leider auch vergebens auf eine mutige Verteidigungsrede des BdV-Vorsitzenden für **Prof. Kittel** gewartet, als dieser aus dem Amt des Stiftungsdirektors entfernt wurde. Dies ist ein Versagen, das der Sache der Vertriebenen einen wahrscheinlich nie mehr zu reparierenden Schaden zugefügt hat. Offenbar haben die BdV-Vertreter im Stiftungsrat nicht begriffen, dass es den anderen weniger um „Schwerpunkte“ geht, sondern darum, das ganze Vorhaben scheitern zu lassen!

Das Leitwort

Wie man hörte, war Dr. Fabritius der Wunschkandidat von Frau Steinbach. Sie hat ihm auch das BdV-Leitwort für 2015 „hinterlassen“. Es lautet: „**Vertreibungen sind Unrecht – gestern wie heute**“. Man möchte zu dieser Feststellung gratulieren, aber es fehlt die Forderung nach Wiedergutmachung und so wirkt sie irgendwie sinnlos und fremd.

Geben wir unsere Ziele allmählich auf oder vertreten wir sie auch dann, wenn uns der Wind des Zeitgeistes ins Gesicht bläst?

Zu Recht betonte in einer seiner Reden unser Sprecher und jetziger SL-Bundesvorsitzender, Bernd Posselt, noch vor fünf Jahren, dass es eine Aufgabe der Sudetendeutschen sei, dafür zu sorgen, „dass wir nicht auch noch aus der Geschichte vertrieben werden“. Leider geschieht derartiges immer wieder und eine Reihe von heute in der Kommunalpolitik tätigen Stadt- und Gemeinderäten spielen aus Anpassung oder Unwissenheit dieses Spiel mit.

Als im Juli 2014 unter Anwesenheit ranghoher Politiker aus Sachsen und der Tschechischen Republik in Sebnitz der regelmäßigen Bahnverkehr mit dem nordböhmisches Rumburg/Rumburk mit Nedereinsiedel/Dolni Poustevna, Tetschen/Decin nach fast 70 Jahren Unterbrechung wieder in Betrieb gehen konnte, verwendete man ausschließlich die heutigen tschechischen Ortsbezeichnungen. Auch in allen von der Europäischen Union finanziell geförderten Broschüren und Faltblättern zur Tourismusunterstützung wird die deutschböhmisches Geschichte durch Verschweigen der ehemals deutschen Namen bis heute ausgeblendet.

Leider scheint das - zumindest ist das eine zunehmende Wahrnehmung von vielen Landsleuten vor Ort - inzwischen eine immer gängigere Praxis im Miteinander unserer Nachbarländer zu sein.

In den 20er Jahren erhielten in Dresden noch Straßen Bezeichnungen nach den damaligen Städtenamen, wie Troppauer-, Teplitzer- oder Iglauer Straße und dürfen sie bis heute auch tragen.



Lobositz an der Elbe um 1900

Die große Kreisstadt Coswig hat dagegen jüngst im Stadtrat beschlossen, einem Platz in der Stadt den Namen der tschechischen Partnerstadt **Lovosice** zu geben. Damit soll ein Zeichen der gutnachbarlichen Zusammenarbeit und Verbundenheit mit der tschechischen Partnergemeinde gesetzt werden. Dieses Signal ist grundsätzlich gut und richtig. Dass man aber der tschechischen Seite nicht abringen kann, auch die altehrwürdige und in der böhmischen Geschichte lange Zeit gängige Bezeichnung **Lobositz** zu verwenden, ist bedauerlich. Es ist für mich ein Zeichen dafür, dass wir zunehmend aus diplomatischer Rücksichtnahme auf unsere Partner und Freunde die eigene deutschböhmisches Geschichte und damit unsere Identitätsvielfalt verschweigen.

Damit machen wir uns aber selbst klein und sorgen am Ende nur dafür, dass wir nicht mehr auf Augenhöhe als Verhandlungspartner wahrgenommen werden.

Erinnern wir uns noch einmal an das, was unsere Führung der Landsmannschaft zu Recht immer wieder betonte, sich eben nicht aus der Geschichte vertreiben zu lassen! Fordern wir diese Grundhaltung im Dialog auf allen Ebenen zukünftig wieder stärker ein! Das wird nicht nur unser landsmannschaftliches Miteinander positiv fördern, sondern auch unser politisches Ansehen auf der anderen Seite stärken und uns eben nicht einfach nur zeitgeistlichen Veränderungen anpassen.

Das meint Ihr

Claus Hörrmann, Stellvertretender Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft

Man muss die historische Wahrheit mehr gegen die Historiker verteidigen als gegen die Dichter.

(Ezra Pound, 1885-1972)

Das ist die Seuche unserer Zeit: Verrückte führen Blinde.

(Shakespeare, King Lear)

Die Entwicklung des völkerrechtlichen Vertreibungsverbots

(Nach einem Referat von **Dr. Dr. Kurt Rabl** vom 14. Mai 1960 in Düsseldorf)

Einer der ersten Versuche, eine Art Kriegsrecht zu schaffen, wurde im amerikanischen Sezessionskrieg (1861-1865) unternommen. Präsident Lincoln beauftragte 1863 den in amerikanischen Diensten stehenden deutschen General Lieber mit der Niederschrift von Regeln, nach denen die Truppe verfahren sollte. In § 23 dieser „Instruktion Lieber“ wird die „Verschleppung von Zivilpersonen“ untersagt.

Zwar haben europäische Mächte in der Folge (1897/98 Spanien auf Kuba und die Briten in Südafrika) dagegen verstoßen, doch im Jahre 1907 beantragten Italien und Japan auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz ein ausdrückliches Verschleppungsverbot von Zivilisten. Dieser Antrag kam aber nicht auf die Tagesordnung, weil, so das Plenum, Massendeportationen nach dem Stand der völkerrechtlichen Entwicklung bereits unüblich und verboten seien! Mit der gleichen Begründung strichen die USA im Jahre 1913 den oben erwähnten § 23 aus der „Instruktion Lieber“. Der Erste Weltkrieg brachte aber ein schlimmes Erwachen.

Den Beginn machte das zaristische Russland bereits im August 1914, als es aus Ostpreußen und Galizien deutsche und österreichische Zivilpersonen massenweise verschleppte. Außerdem wurden mehrere hunderttausend Bauern, Bürger und Grundbesitzer, die hinter der Front in Wolynien, Podolien und den baltischen Staaten siedelten, nach Mittelasien deportiert. Nur ein Teil von ihnen kehrte nach jahrelangen Entbehrungen zurück.

Auch Frankreich verschleppte aus dem im Frühherbst 1914 vorübergehend besetzten Westesaß deutsche Staatsangehörige und hielt sie unter entwürdigenden Bedingungen in Südostfrankreich und Nordafrika bis 1919 fest. Österreich-Ungarn hat eigene Staatsbürger jüdischer, serbischer, italienischer und ukrainischer Herkunft deportiert. Italien tat das Gleiche mit österreichischen Bürgern und Deutschland mit französischen und belgischen Bürgern. Besonderes Aufsehen erregten die sog. „belgischen Arbeiterdeportationen“ im Winter 1917/18, die aber nach breitem internationalen Protest bald wieder beendet wurden. Sie haben aber dazu geführt, dass man sich wieder mit dem Gedanken eines allgemeinen Deportationsverbotes beschäftigte, was sich auch in den 1919/20 unterzeichneten Friedensverträgen niederschlug. In Artikel 232 des Versailler Vertrages (Anlage I, Ziffer 2) mussten die Mittelmächte die Verpflichtung zum Schadensersatz nach „Deportationen“ übernehmen. Gleichlautende Bestimmungen enthielten die Verträge von St. Germain und Trianon. Da die Friedensverträge von fast allen bedeutenden Staaten dieser Zeit unterzeichnet wurden, darf man für das Jahr 1920 von einem ziemlich allgemein anerkannten völkerrechtlichen Deportationsverbot ausgehen.

Verstöße nach 1939

Die geschilderte Lage hat Deutschland jedoch nicht gehindert, ab 1939 neben den Deportationen von Juden auch solche von Polen vorzunehmen. Das waren Verstöße gegen das Völkerrecht. Zugunsten Deutschlands ist nur zu sagen, dass sie sich meist im wiedergewonnenen deutschen „Korridor“ abspielten und meist mit der Heimholung Volksdeutscher zusammenhing. Zurückweisen muss man die Behauptung, Tschechen wären 1938 aus dem Sudetenland vertrieben worden. Über die Einzelheiten informiert der Optionsvertrag vom November 1938. Während des Krieges kam aber die massenhafte Zwangsrekrutierung von Arbeitskräften hinzu. Auch das war ein Verstoß gegen das Völkerrecht, wenn sie auch ihre Heimat nur vorübergehend verlassen mussten. Die polnische Exilregierung verlangte bereits 1941 die Rücksiedlung der in die polnischen Wohnstätten eingewiesenen Volksdeutschen. Von hier führt eine gerade Linie über die „Neunmächteerklärung“ der von den Deutschen besetzten Staaten (1942) zur „Viermächteerklärung über deutsche Kriegsgreuel“ (1943) und zum Nürnberger Prozess (IMT). Vor dem IMT galt als strafbar die „Zwangsrekrutierung zum Zwecke der Arbeit und zu anderen Zwecken“. Mit dem Tode wurde dafür Fritz Saukel (geboren in Haßfurt) bestraft, der „die oberste Verantwortung“ für den Einsatz von fünf Millionen Zwangsarbeitern trug. (Seine Hinrichtung war allerdings unlogisch, denn Albert Speer, auf dessen Verlangen er die Zwangsarbeiter herbeigeht hat, erhielt nur eine Haftstrafe).



Fritz Saukel

Das Potsdamer Protokoll

Leider erwiesen sich die schönen Reden gegen Deportation und Vertreibung bald als reine Lippenbekenntnisse, denn im Potsdamer Protokoll billigten die Potsdamer Mächte die Vertreibung der Ost- und Sudetendeutschen. Die USA entschuldigte sich damit, dass man so der Verschleppung nach Sibirien zuvorgekommen wollte (Walter-Report, 1950) und die Sowjets beteuerten, dem § 13 des Protokolls „nur schweren Herzens“ zugestimmt zu haben. Das Rätsel wird noch größer, wenn man die Denkschrift der USA zur IMT-Satzung kennt. Zeitgleich zur Vertreibung der Ost- und Sudetendeutschen betont sie, dass der Deportationsartikels 6 der IMT-Satzung selbstverständlich **nicht nur** gegen Deutsche gilt.

Schizophrenes Verhalten

Das widersprüchliche Verhalten setzte sich fort. 1949 entstand die vierten Genfer Konvention mit Artikel 49, der auf Wunsch der Sowjetunion sehr konkret die Pflicht zur Rückführung der Deportierten, ihre Entschädigung und das Verbot der Besiedlung des evakuierten Landes enthält.

Chruschtschow verurteilte die Deportation gewisser Kaukasusvölker durch Stalin (wegen ihrer Deutschfreundlichkeit) und Polen forderte in der UNO-Vollversammlung die Rückführung der arabischen Palästinaflüchtlinge. Auch an der Westgrenze Deutschlands, wo kleinere Gebiete abgetrennt wurden, hielten sich die drei Westmächte und die Beneluxländer halbwegs an das Völkerrecht, denn die dort ansässige deutsche Bevölkerung konnte unbehelligt am Heimatort bleiben und wurde nicht zur Annahme der fremden Staatsbürgerschaft gezwungen. Wer abwanderte, blieb Eigentümer seiner Immobilien und durfte seine gesamte „Fährnishaft“ mitnehmen. All das steht in schneidendem Widerspruch zur Praxis im Osten.

Treu und Glauben

Die Bundesrepublik hat mit den Vertreiberstaaten verschiedene Verträge geschlossen. Im Endeffekt dienten diese der Zementierung der Gebietsgewinne und der kollektiven Enteignung der Vertriebenen. Durften derartige Verträge geschlossen und solche Ziele verfolgt werden?

Die Antwort ist **nein**, denn alle Staaten haben sich bei den verschiedensten Gelegenheiten gegen Massenaustreibungen und Enteignungen ausgesprochen und entsprechende internationale Verträge unterzeichnet, und es gibt überhaupt keinen Grund, Deutschland und deutsche Staatsbürger davon auszunehmen. Das garantiert alleine schon Artikel 2 der UNO-Charta vom 10. Dezember 1948. Es ist unverständlich, dass deutsche Staatsmänner die hier liegenden Möglichkeiten - bei aller gebotenen Selbstbescheidung und Kompromissbereitschaft - nicht aufgreifen. Stattdessen gefielen sich sog. Intellektuelle schon in den fünfziger Jahren darin, zu Lasten der Vertriebenen geistige Vorleistungen zu erbringen. Ihnen war es gleichgültig, dass sich die Ostgebiete nur unter vorläufiger Verwaltung Polens befanden oder man gegen zwingendes Völkerrecht verstieß. So bereiteten sie den Boden für die Ostverträge Willi Brands, denen eine ganze Reihe weiterer Verträge und Erklärungen zu Lasten der Vertriebenen folgten.

Hier liegen die Wurzeln schwindenden Vertrauens der Völker in die Politik, wie es sich in der PEGIDA-Bewegung äußert. Politik und Medien verloren massiv an Respekt, weil sie nicht nur die eigenen Werte verraten, sondern sich auch der Lächerlichkeit ausliefern, wenn sie etwa im Falle der Krim auf dem Völkerrecht bestehen, das sie selbst unzählige Male mit Füßen getreten haben. Es gehört aber zum Wesen des Rechts, dass es überall gleich angewandt wird. Das wäre auch die Mindestanforderung an Staaten, die sich rühmen, Rechtsstaaten zu sein.

Die Armenier geben nicht auf!

Von Harut Sassounian, The Californian Courier. gekürzte Übersetzung von Dr. Manfred Ludwigs

Die Armenier sind gegenwärtig dabei, weltweit tausende von Veranstaltungen zu organisieren, um des Genozids an den Armeniern zu gedenken, der sich zum hundertsten Mal jährt. Die Erwartung dabei ist, dass die Internationale Gemeinschaft die türkische Regierung zwingen werde, sich ihrer sordiden Vergangenheit zu stellen und die Nachkommen der Genozid-Opfer wieder in ihre Rechte einzusetzen. Es gibt jedoch einen schnelleren und effizienteren Weg – die Klage vor Gericht – um dieses ehrenhafte Ziel zu erreichen.

Am Vorabend des hundertsten Jahrestages erwägen sowohl die armenische Regierung als auch einige armenische Diaspora-Gruppen die Möglichkeit, gegen die Türkei bei internationalen Gerichten Klagen einzureichen. Allerdings sollten solch schwerwiegende rechtlichen Schritte ausschließlich von Experten auf dem Gebiet des internationalen Rechts unternommen werden und nicht von wohlmeinenden armenischen Einzelpersonen oder von Gruppen aus der armenischen Gemeinschaft. Prozesse dieser Art können, falls sie fehlerhaft geführt werden, zeitlich weitreichende Auswirkungen auf die legitimen armenischen Forderungen gegenüber der Türkei haben.

Im letzten September gab Seine Heiligkeit Catholicos Aram I vom Great House of Cilicia bekannt, dass er plane, in der Türkei eine Klage einzureichen, um kirchliche Immobilien zurückzubekommen, die das Catholicosat in Sis, Cilicia, vor dem Genocid besessen hatte. Sollte der türkische Gerichtshof diese Klage abweisen, werde das Catholicosat von Cilicia beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof Rechtsmittel einlegen.

Kürzlich berichtete die türkische Presse, dass Zuart Sudjian, eine Amerikanerin armenischer Herkunft, eine Klage eingereicht habe, in der sie Land zurückforderte, das der Familie ihrer Mutter – den Basmajians – gehört habe, Land, auf dem der Flughafen Diyarbakir liegt. Rechtsanwalt Elbeyoglu erklärte, dass die Beschlagnahme das **Recht auf Privateigentum, wie er in der Europäischen Menschenrechtskonvention** definiert sei, verletze. Die türkischen Medien unterließen es, darauf hinzuweisen, dass der Fall vor den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof landen kann. Ein positives Urteil dort würde den Klagen der Armenier weltweit die Schleusen öffnen.

So gebe es zahllose andere Fälle wertvollen Grundvermögens, das man den Armeniern weggenommen hat, einschließlich:

- des Präsidentenpalasts in Ankara, in dem noch kürzlich Erdogan und die vorherigen Türkischen Präsidenten ihren Amtssitz hatten; er befindet sich auf Grund, der der Familie Kassabian gehört,
- des Istanbuler Atatürk-Flughafen; er ist zum Teil auf Grund errichtet, der der Familie Kevork Sarian aus Van gehört,
- des US-Militärflughafens in Injirlik; er befindet sich auf Grund, der mehreren armenischen Familien gehört, die beim US-Bundesgericht eine Klage gegen die Türkische Regierung eingereicht haben.

Diese Immobilien und tausende andere sollten an ihre rechtmäßigen Eigentümer zurückgegeben werden, als eine wenigstens teilweise wiedergutmachende (restitutive) Gerechtigkeit, die die Türkei dem armenischen Volk schuldet.

Was tut sich in den Gerichtssälen?

Antwort 1: In Deutschland: „nichts“!

Nach Auskunft des Eigentümerverbands Ost e.V. wartet die Preußische Treuhand (Pr.Tr.) schon unverhältnismäßig lange auf ein Endurteil in einer Entschädigungsklage gegen die Bundesrepublik. Man befindet sich in der letzter Instanz und ist der Meinung, dass die Bundesrepublik gegenüber den Vertriebenen aufgrund ihrer Untätigkeit selbst entschädigungspflichtig wurde.

Antwort 2: In Italien: „Interessantes“!

Eine interessante Rechtsmeinung wird neuerdings in Italien vertreten. Das italienische Verfassungsgericht entschied, dass Einzelpersonen auch gegen Staaten klagen können, wenn es um Menschenrechtsverletzungen und Klagen wegen Kriegsverbrechen geht. Bisher galt der eherne Grundsatz der Staatenimmunität gegenüber Einzelpersonen. Erstritten haben dieses Urteil italienische Staatsbürger, die zwischen 1943 und 1945 Opfer von Wehrmachtsstrafen waren. Dieses Urteil steht aber im Widerspruch zu einer Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag aus dem Jahre 2012, die sich für die Staatenimmunität aussprach. Das gelte auch bei mutmaßlichen NS-Verbrechen wie in Italien. Für Deutschland wäre der italienische Standpunkt brisant, weil unzählige Individualklagen aus allen von Deutschland je besetzten Ländern zu erwarten wären.

Andrerseits böte ein individuelles Klagerecht gegen Staaten auch den Vertriebenen die Möglichkeit, gegen Vertreiberstaaten vorzugehen, denn auch dort müsste den „unantastbaren Menschenrechten“ Vorrang vor der Staatenimmunität eingeräumt werden!

Ungarn gedenkt der Vertreibung der Deutschen

Zum ungarischen Gedenktag zur Erinnerung an die Vertreibung der Ungarndeutschen am 19. Januar 2015 erklärte BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius MdB folgendes:

Ungarn gedenkt heute würdevoll all jener Deutschen, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von dort vertrieben wurden. Dieses Zeichen der Empathie für die Betroffenen und deren Nachkommen sowie des Bewusstseins für sämtliche Facetten der eigenen Geschichte begrüße ich ausdrücklich.

Direkt nach dem Fall des Eisernen Vorhangs – und damit früher als viele andere europäische Länder – hat Ungarn mit der Aufarbeitung der dort begangenen Vertreibungsverbrechen begonnen. Schon 1995 entschuldigte sich die ungarische Regierung beispielhaft für die Vertreibung der Deutschen. Weitere beachtliche Schritte waren etwa die Einrichtung einer Landesgedenkstätte und eines Denkmals in Budapest im Jahr 2006 sowie die Durchführung einer Gedenkkonferenz im ungarischen Parlament im Jahr 2007, an der auch Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert und die damalige BdV-Präsidentin Erika Steinbach MdB teilnahmen. Der Gedenktagsbeschluss erfolgte 2012 im ungarischen Parlament über alle Parteigrenzen hinweg einstimmig.

Wie sehr sich die ungarische Regierung dem Schicksal der deutschen Vertriebenen sowie der deutsch-ungarischen Verständigung verbunden fühlt, zeigen auch die regen Kontakte zum BdV und viele Besuche bzw. Reden beim Tag der Heimat, zuletzt vom Präsidenten der Ungarischen Nationalversammlung László Kövér.

Das Gedenken in Ungarn leitet eine ganze Reihe diesjähriger Veranstaltungen ein, die deutlich machen, dass Vertreibungen gestern wie heute Unrecht sind.

Tschechisches Buch hetzt gegen (Sudeten-)Deutsche

Von Manfred Maurer

Ein vor einiger Zeit in Tschechien erschienenen Buch sorgt nun für Aufregung in der Nachbarschaft: Das von Jiri Vacek und Jiri Krutina verfasste Werk „Nemci“ (Die Deutschen) strotzt nicht nur von historisch unhaltbaren Darstellungen, sondern präsentiert sich vor allem als antideutsches Pamphlet. Unverständlich ist daher auch, dass es trotzdem vom Bildungsministerium in Prag ausdrücklich für die Verwendung im Geschichtsunterricht empfohlen wurde. In Oberösterreich haben daher 21 Sudetendeutsche zusammen mit 24 weiteren Vertriebenen aus Wien bzw. Bayern in Tschechien Strafanzeige gegen die beiden Autoren, Vacek und Krutina, erstattet. Sie werfen ihnen „Verunglimpfung eines Volkes, einer Rasse, einer ethnischen oder anderen Personengruppe“ gemäß Paragraf 355, Absatz 2b des tschechischen Strafgesetzbuches sowie „Anstachelung zum Hass gegen eine Gruppe von Menschen“ gemäß Paragraf 356, Absatz 3a vor. Unverständlicherweise wurde diese Klage nicht angenommen, da das Buch vom Recht auf Meinungsfreiheit gedeckt sei.

„Für solche Tiere reicht Lynchjustiz nicht“

In der CR ist also folgendes erlaubt: Im Kapitel „Alle Deutschen waren Nazis“ wird eine Unterscheidung zwischen Nazis und Nicht-Nazis für unzulässig erklärt. „Der Nazismus ist eine Ausdrucksform des deutschen Geistes“, heißt es etwa. Und: „Verbergen wir nicht die Realität, indem wir das Wort Nazis gebrauchen.“ Pauschal werden Deutsche als „Unmenschen“, „Missgeburten“ und „Tiere“ bezeichnet. Wörtlich heißt es in einer Übersetzung: „Für solche Tiere ist die Lynchjustiz keine ausreichende Strafe.“ Mit Sätzen wie diesen wird die Ermordung bzw. Vertreibung von drei Millionen Sudetendeutschen auf Basis eines Kollektivschuldprinzips gerechtfertigt. Dass Vertriebene sich selbst als Opfer bezeichnen, werten die Autoren als „Unverschämtheit“.

SLOÖ-Chef: Irgendwann reißt der Geduldsfaden!“

Unter den Klägern waren der öö. Historiker Alfred Oberwandling, der selbst Bücher über das Sudetenland und die Vertriebenen in Oberösterreich verfasst hat, sowie der Obmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Oberösterreich (SLOÖ), Peter Ludwig. „Irgendwann reißt der Geduldsfaden und man muss zur Tat schreiten“ begründete Ludwig die Anzeige gegen die „Nemci“-Verfasser. „Es ist unglaublich, was sich die beiden Autoren mit ihren Beleidigungen uns gegenüber in diesem Buch leisten!“ Man kann ergänzen: Unglaublich ist auch die Haltung des Gerichtes!

Die Königinhofer Handschrift

In der Geschichte der tschechischen Nation gibt es zahlreiche Peinlichkeiten, und eine der bekanntesten betrifft die sog. Königinhofer Handschrift.

Zur Erinnerung: Als die Tschechen Ende des 18. Jahrhunderts zu neuem Selbstbewusstsein erwachten, trugen sie alle möglichen Zeugnisse alter böhmischer Kultur in Prag zusammen. Was allerdings fehlte, war ein Nationalepos vergleichbar dem deutschen Nibelungenlied, um zu beweisen, dass sie bereits im frühen Mittelalter ein gebildetes Volk waren.



Vaclav Hanka (1791-1861)

Aber plötzlich tauchte auf, was man sich so sehr gewünscht hatte! Den Anfang machte 1816 Josef Linda. Er „fand“, angeblich eingearbeitet in einen Buchdeckel, das „*Lied auf den Wyschehrad*“. Das war aber nur der Probelauf. Einen umfangreicheren „Fund“ machte der tschechische Philologe Vaclav Hanka, mit dem Josef Linda in einer gemeinsamen Wohnung lebte. Er entdeckte im September 1817 in der Krypta der Kirche von Königinhof an der Elbe vierzehn Pergamentstücke, beschrieben mit altslawischen Texten, angeblich aus dem 13. Jahrhundert. Sie besangen historische Begebenheiten, so einen Rachezug gegen Karl den Großen, der die Tschechen unterjocht und germanisiert habe, oder einen angeblichen Sieg über die Tataren bei Olmütz aus dem Jahre 1004 oder die Abwehr von „Kriegerbanden“ aus dem deutschen Sachsen. Neben sechs Gesängen epischer Art enthielten die Pergamente noch acht liedhafte Gedichte wie die „Erdbeere“, die „Lerche“ oder das „Sträußchen“. Um das Glück voll zu machen, „entdeckte“ ein gewisser Zimmermann, ebenfalls aus dem Freundeskreis Hankas, 1818 die tschechische Version der drei

Minnelieder König Wenzels II. aus der Manessischen Handschrift. Tschechische Patrioten atmeten auf, denn vielen war es ein unerträglicher Gedanke, dass ein böhmischer König den deutschen Minnesang pflegte. Jetzt konnten die Lieder als Übersetzungen aus dem Tschechischen gelten.

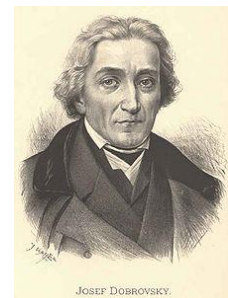
Die Begeisterung der Tschechen war unbeschreiblich groß. Tschechische Schüler mussten die Texte auswendig lernen und Hanka wurde mit Ehrungen überhäuft. Für die Leitung des 1818 gegründeten böhmischen Landesmuseums in Prag kam nur er in Frage. Von der allgemeinen Begeisterung war auch Rat Goethe ergriffen, so dass er das Lied „Sträußchen“ in deutscher Sprache dichterisch bearbeitete.

Leider vertieften die „Funde“ aber auch die Feindschaft gegen das deutsche Volk, weil dieses die angebliche tschechische Hochkultur erstickt hätte! Das erinnert an Henryk Sienkiewicz (1846-1916), der Jahre später das deutsch-polnische Verhältnis mit seinem fiktiven Roman „Die Kreuzritter“ ebenfalls in unverantwortlicher Weise störte.

In Prag aber hatte Hanka jedes Augenmaß verloren. 1819 ließ er ein anonymes Päckchen mit einer weiteren altslawischen Handschrift auftauchen. Sie wurde auf das 9. Jahrhundert datiert und enthielt Bruchstücke der Schilderung eines sagenhaften Gerichts der Fürstin *Libuse* über ihre Brüder. Hanka konnte als „Fundort“ das Schloßchen Grünberg bei Prag „ermitteln“, weshalb diese Handschrift Grünberger Handschrift genannt wurde.

Zweifelnde Stimmen ließen gottlob nicht lange auf sich warten. Der slowenische Philologe Bartholomäus Kopitar (1780-1844, Kontakte zu Jakob Grimm!) bezeichnete die Pergamente sofort als Fälschungen. Auch Josef Dobrovsky, der Altmeister der tschechischen Philologie (1753-1829), äußerte 1824: „*Die Königinhofer Handschrift habe ich mir noch gefallen lassen, aber jetzt sollen sie mir Ruh` geben!*“ (Fischel, S. 13). An anderer Stelle bezeichnete er die Funde als „*ein von einem Hyperböhmen zusammengeflicktes Machwerk*“ (Pozorny, S. 19).

Die Warnungen wurden noch überhört. Hanka genoss weiter größte Verehrung und konnte sogar einen Orden des russischen Zaren entgegennehmen. Taub gegen diese Warnung war auch Dobrovskys Schützling, Frantisek Palacky (1798-1876). Zwar hielt er sich bis zum Ableben seines Förderers (1829) bedeckt, baute dann aber seine (zunächst nur auf Deutsch verfasste) „*Geschichte Böhmens*“ auf den zwielichtigen Funden auf.



Josef Dobrovsky

Die Mühlen der kritischen Wissenschaft arbeiteten indes weiter. So erschien 1858 in der Zeitung „Tagesbote aus Böhmen“ ein anonymer Artikel gegen den „Fälscher Hanka“. Hanka erwirkte ein gerichtliches Urteil dagegen, aber Kaiser Franz Josef begnadigte den Redakteur. Und schon standen Max Büdinger und der Germanist Julius Feifalik bereit. Büdinger erkannte 1859, dass Hankas Ideengeber der „Lügenchronist“ Hajek war (Knieschek) und Feifalik ergänzte 1860 philologische, historische, ästhetische und literarische Argumente. So kommt, um nur einige Beispiele zu nennen, in dem Gedicht *Oldrich und Jarmir* ein Prager Stadttor vor, das es zu der angegebenen Zeit noch nicht gab. Im Gedicht *Ludise und Lubor* wird ein Ritterturnier geschildert, das vor Verstößen gegen die strengen Regeln eines mittelalterlichen Turniers nur so strotzt, und einen Kampf gegen die Tataren (Mongolen) hat es so nie gegeben. Hinzu kommen reichlich Plagiate aus Psalmen (Lied *Jaroslav*) oder bekannten Volksliedern (Lied *Die Verlassene*). Im Übrigen sind die Texte recht schülerhaft, auch phantasie- und pointenlos. Sie waren bestimmt nicht geeignet, eine adlige Zuhörerschaft zu unterhalten.

Die Erkenntnisse Büdingers und Feifaliks wurden zur Seite geschoben, genau wie früher die Warnungen Kopitars und Dobrovskys. Erst 1886 griffen zwei junge tschechische Dozenten der Prager Universität das Handschriften-Thema wieder auf. Es waren der Historiker Goll und der Soziologe Thomas G. Masaryk. Der Proteststurm gegen beide war gigantisch, aber Masaryk sagte, es sei ehrenvoller, einen Fehler einzugestehen als ihn gegen besseres Wissen zu verteidigen. Dafür büßte er mit einem Aufschub seiner Ernennung zum Professor um einige Jahre bis 1897.

Der Streit schwelte aber weiter bis nach dem Zweiten Weltkrieg. Zur finalen Untersuchung kam es endlich 1967, während des Prager Frühlings. Mit den Methoden moderner Kriminaltechnik rückte man an der Universität Prag die alten Dokumente zu Leibe und erkannte sie definitiv als Fälschung. Das Abenteuer ging aber weiter, denn mit dem Ende des Prager Frühlings verschwanden die Untersuchungsergebnisse in den Tresoren. Erst 1992 durften sie an die Öffentlichkeit gelangen und so die Wissenschaftler Büdinger, Feifalik, Masaryk, Goll und sogar Kopitar und Josef Dobrovsky bestätigen.

Das Resümee ist bedrückend. Lug und Trug haben das Verhältnis zu den Deutschen vergiftet und die ganze tschechische Nation gleichzeitig der Lächerlichkeit preisgegeben. Wer kann da noch widersprechen, wenn Ernest Denis (1849-1921, französ. Historiker) sagt, es sei besser, gar keine Geschichte zu haben, als sie auf Fälschungen zu gründen?
(F.Volk)

Quellen:

Fischel, Alfred, Aus dem Geistesleben des tschechischen Volkes, Breslau 1928; Knieschek, Johann, Der Streit um die Königinhofer Handschrift, Prag 1888; Pozorny, Reinhard, Wir suchten die Freiheit, München 1959

Musterdemokraten bei der Arbeit

Die Iglauer Sprachinsel hatte bei den Gemeindewahlen 1919 noch eine deutsche Mehrheit von 63,0 Prozent, die von tschechischer Seite aber leidenschaftlich bekämpft wurde. So zögerte die Regierung die Bestätigung des deutschen Bürgermeisters von Iglau bis 1921 hinaus und setzte für die Zwischenzeit einen tschechischen Regierungskommissar ein. Bald schritt man zur Eingemein-



Iglau, Marktplatz

dung einiger kleiner Orte, wodurch Neuwahlen erforderlich wurden. Wieder konnte in der Zwischenzeit ein Tscheche die Stadt kommissarisch regieren. Bei den Wahlen zum Landesparlament 1920 wurde ein sog. Wahl-bataillon mit 2.400 tschechischen Soldaten vorübergehend nach Iglau verlegt, die nach damaliger Gesetzeslage am Garnisonsort wahlberechtigt waren. Sie schraubten den Anteil der Tschechen an der Wählerschaft von 34,0 auf 44,2 Prozent hinauf. Zum wahltaktischen Endkampf trat man aber 1929 an,

allerdings auch auf anrühige Weise, denn man benutzte die Identität Verstorbener für die Stimmabgabe. Die Sache flog auf, als einem deutschen Wahlhelfer an der Urne plötzlich seine erst kürzlich verstorbene Frau gegenüberstand. Diese Person hatte sich sogar wie die Verstorbene gekleidet und geschminkt. Die daraufhin erfolgte Untersuchung brachte 75 solch makabrer Täuschungsmanöver ans Licht, von denen alle, bis auf drei, erfolgreich angefochten wurden. Ungeahndet blieben aber 106

andere Fälle mit Identitätsmissbrauch bei Patienten der örtlichen Landesanstalt für Geistes- und Nervenranke. Einige der Betrüger haben sich an diesem Wahltag bis zu sechsmal umgekleidet und geschminkt, um der gespielten Person ähnlich zu sehen.

Diese (vielleicht sogar wörtlich zu nehmende) Hütchenspielerei ereignete sich hinter der Fassade der vermeintlichen tschechischen Musterdemokratie. Erlaubt war eben alles, was die Deutschen kleinhalten konnte.

Quellen: Reinhard Pozorny, Wir suchten die Freiheit, S. 159 f.; Iglauer Heimatbuch, S. 120.

Vorsicht Fettnäpfchen!

Kein Respekt vor sudetendeutschem Eigentum?

In der Sudetendeutschen Zeitung vom 19. Dezember 2014, S. 8, wurde ein Haus in Untergrodisch, früher Kreis Tachau, angeboten (siehe Abb!). Nachforschungen ergaben, dass es sich um das Haus Nr. 29 handelt, das bis zur Vertreibung dem Landwirt Josef Christl (Honsenbauer) gehörte.

In den Reihen der Vertriebenen fragt man sich, ob es Aufgabe unserer Verbandszeitung ist, derartige „Geschäfte“ zu unterstützen. In jedem Falle zeugt der Abdruck von einem Mangel an Fingerspitzengefühl. Er steht auch in krassem Widerspruch zur öffentlichen Warnung der SLÖ vor Grunderwerb im ehemals deutschen Grenzgebiet. Man kann nicht so tun, als wäre die Eigentumsfrage schon gelöst.



Haus Nr.29 in Untergrodisch, letzter Eigentümer Josef Christl (Hansenbauer)

Soll: Ztg. 19.12.14

Zu verkaufen: Bauernhaus im Sudetenland

Komplett renoviertes Bauernhaus (450m²) mit kleiner Pension (120m²) aus dem Jahre 1900 in der malerischen Ortschaft Untergrodisch bei Plan (ehem. Kreis Tachau, 10 km von der dt. Grenze) in dem berühmten Bäderdreieck Marien-, Karls- und Franzensbad. Gepflegtes Grundstück 4500 m², geeignet für größere Familie oder auch Vereine als Erholungsort. Preis 350 000 Euro. Telefon (01577) 631 4234 oder (00420) 732 44 82 09.

Bilder im Internet unter https://picasaweb.google.com/116972862736994514657/DOM2014?authkey=Gv1sRgCKbE2p_vtfGsxE

Gesegnet seien jene, die nichts zu sagen haben und den Mund halten.

Oscar Wilde

Wer die Wahrheit spricht, braucht ein schnelles Pferd.

(Chinesisches Sprichwort)

Interessantes in Kürze

1. Prof. Ruppert, Eichstätt, warf den deutschen Historikern vor, zeitgeistaffin zu sein, Wissen ohne Zielvorstellung anzuhäufen und Dissertationen schlampig oder inkompetent zu betreuen (FAZ, 9.11.14).
2. Das „Deutsche Haus“ in Prag, einst Mittelpunkt des städtischen Kulturlebens, hatte die prominente Adresse Am Graben, Prag 1. Nach der Vertreibung hieß es „Slawisches Haus“ und wurde jetzt an die russische Investmentgruppe FIDGroup verkauft, ohne dass an seine Vergangenheit erinnert wurde (Internet).
3. Am 8.Okt. 2008 lud Kanzlerin Merkel führende Verlagschefs und Chefredakteure zu sich ein und bat, die Finanzkrise nicht zu dramatisieren, was prompt befolgt wurde (JF, 14.11.2014, S. 21).
4. Die Einhaltung des Mindestlohnes von 8.50 € wird von 1.700 neu eingestellten Zollbeamten überwacht. Bürokratieabbau? (PAZ, 5.12.2014, S.24).
5. Die deutschen Stromverbraucher zahlten im verflossenen Jahr für den „grünen“ Strom (Wind und Sonne) 20 Milliarden Euro. Am freien Markt hätte diese Strommenge nur knapp 2 Mrd. gekostet. Mehrkosten pro Bundesbürger im Jahr: rd. 225 Euro (Spiegel, 8.12.2014, S. 20).
6. Die sdt. Bildungsstätte Burg Hohenberg wurde im Nov. 2014 wegen Baufälligkeit geschlossen. Ihren Aufbau leitete einst selbstlos unser Kamerad Ing. Herbert Schmidt (geb. 1911 in Komotau). Lange Zeit gab die Heimleitung den Hohenberger Boten heraus. Schmidt beteiligte sich auch am Aufbau des Heiligenhofes (Witikobrief 1958, 2,15 & 7,19 & 1960, 3,21).
7. Aus dem sudetendeutschen Wappen nahm man 1918 das Gold der Freude und ersetzte es durch das Schwarz der Trauer (Witikobrief 1961,08, 23).
8. Margret Thatcher setzte 1986 in ihrem Land die Banken-Deregulierung durch, obwohl ihr Berater David Willets „unethisches Verhalten“ der Banken voraussah. In der Tat war das die Weichenstellung für die Finanzkrise von 2008 (FAZ, 31.12.14, S.17).
9. Minister Stain (BHE) wies 1958 im Bayerischen Landtag die US-Kritik an der deutschen Einwanderungspolitik zurück, denn wie anderen Ländern müsse auch Deutschland gestattet sein, gewisse Auswahlkriterien anzuwenden (Witikobrief 1958,6,5) .
10. Bei Muslimen wird in Familien- und Erbschaftsangelegenheiten vor deutschen Gerichten das in ihren Herkunftsländern gültige Scharia-Recht zugrunde gelegt, sofern es nicht unserem Grundgesetz widerspricht (FAZ, 10.9.2014).
11. Unter den sieben Stellvertretern des EU-Kommissionspräsident Juncker befindet sich kein einziger Deutscher. Günther Oettinger leitet das Internetreferat und untersteht dem Vizepräsidenten Andru Ansip, einem Esten (FAZ, 11./12.9.2014).
12. Die deutschen Hochschulen leisten sich 146 Gender-Professuren. Ihr Ruf nach Mittelaufstockung wirkt daher unglaubwürdig (FAZ, 5.10.2014).
13. Zum Beauftragten der CSU für Ost- und Mitteleuropa wurde SL-Sprecher Bernd Posselt vom Parteivorstand berufen.
14. In Prag eröffnete Bayern ein Bayern-Haus. Seehofer sprach von einem historischen Schritt. SL-Sprecher Posselt war dabei und betonte, dass die SL bereits seit elf Jahren ein Büro in Prag unterhalte.
15. In Wien wurde das Buch „Schweres Erbe und Wiedergutmachung“ (Hrsg.Karner /Walter) vorgestellt. Es behandelt die von Österreich gewährten Entschädigungen an NS-Opfer. SLÖ-Obmann Zeihsel erinnerte dabei an die noch offenen Restitutionsfragen der Sudetendeutschen (Internet).
16. Polen erhielt von der CIA „Schweigegehd“ für die auf seinem Gebiet errichteten Foltergefängnisse. Als das bekannt wurde, zeigte sich Polen verärgert, dass die CIA nicht in der Lage sei, Geheimnisse zu bewahren (<http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/europa/redaktion/schweigegehd>)
17. Die renommierte Denkfabrik Cato in Washington kappte die Beziehungen zum Putinversther Vaclav Klaus (FAZ-net, 1.2.15)
18. Der japanisch-tschechische Politiker Tomio Okamura rief zu Schikanen gegen Muslime auf. Man solle Hunde und Schweine in ihrer Nähe züchten und ausführen, denn Gastfreundschaft habe ihre Grenzen (<http://praguemonitor.com>).
19. Nach ihrem Schuldbekennnis vom 18.11. 1965 bestritten die polnischen Bischöfe in ihrem Fastenhirtenbrief vom 10.2.1966, dass Polen einen Grund habe, um Vergebung zu bitten.

DER TOD VON DRESDEN VOR 70 JAHREN

(Von E.E. Korkisch, ehem. Kruzianer/Kreuzchorschüler und Augenzeuge, 85354 Freising, Vimystr. 4)

Die infernalische Vernichtung einer Kulturmetropole und international völkerrechtlich geschützten Lazarettstadt kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs am 13./15. Februar 1945 wurde zum Fanal diabolischen Vernichtungswillens – und zur dauerhaft erkennbaren Völkerrechtsverhöhnung der Sieger.

Seither wird an der fiktiven Verkleinerung des unermesslichen Frevels gearbeitet. Zum Höhepunkt dieser Bemühungen wurde 2004 eine Historikerkommission eingesetzt, die 2009 das opferverachtende Ergebnis von „maximal“ 25.000 zu Tode gekommenen Menschen verkündete. Die vor wenigen Jahren gezeigte, erschreckend wieder-gegebene zweiteilige Fernsehverfilmung über den Untergang Dresdens, die der maßlosen Vernichtungssorgie gerecht zu werden versuchte, konnte die seinerzeitige Gegebenheit nur in Ansätzen verdeutlichen, hat aber dennoch eine große Betroffenheit ausgelöst. Die erlebte Wirklichkeit spielte sich jedoch sehr viel erbarmungsloser ab:



Das zerstörte Dresden

Der erste von vier Vernichtungsschlägen mit der verheerenden Wirkung, der sich rasch entwickelnden Großbrände, hatte bereits den Großteil von 15 qkm Innenstadtgebiet in ein Höllenszenario verwandelt, das nur in den Randzonen Rettungsmöglichkeit bieten konnte. Dass aber nach zwei Stunden der genau gleiche Terrorereignis wiederholt wurde, überstieg jedes geistige Fassungsvermögen und war nur mit bestialischer Menschenvernichtung zu erklären. Die Feuermasse über der Stadt hielt diese zweite Angriffswelle, wieder mit Feuersturmstrategie, nicht davon ab, die Vernichtung zu potenzieren und forderte die weiteren massenhaften Opfer, die in den Kellern ersticken, verbrannten und, wenn sie das Freie erreichen konnten, den Sprengbomben und Tieffliegern schutzlos ausgesetzt waren (Laut Historikerbericht gab es keinen Tieffliegerbeschuss, entgegen einem amerikanischen Bericht folgenden Inhalts: „Die ‚A‘ Gruppen (Jagdflugzeuge) gingen auf eine niedrige Höhe, um von dort aus Bodenziele mit automatischen Waffen zu beschießen“. (Übersetzung Dr. M. Ludwigs). Fehlten den Historikern die speziellen Sprachkenntnisse?

Um das Vernichtungswerk zu vollenden, folgten jetzt noch zwei weitere Terrorangriffe der amerikanischen Bomberflotte. Insgesamt wurden nach Alliierten-Angaben über 2000 Langstreckenbomber eingesetzt, die 3600 to Sprengbomben und 650.000 Brandbomben abwarfen. Dies ist der Tiefpunkt einer verbrecherischen Luftkriegführung, wie sie in Churchills Kriegskabinett bereits am 15. Mai 1940 neben Zieleinsätzen als mögliches Flächenbombardement einzukalkulieren beschlossen und tags darauf mit Flugeinsätzen über dem Ruhrgebiet begonnen wurde (die erste deutsche Reaktion erfolgte am 15. September 1940, ein Vierteljahr später).

Nachgeborenen, einschließlich Historikern, ist es unmöglich, das Ausmaß der Dresdner Vernichtungssorgie zu ermessen. Im Jahre 2004 meinte man, die Debatte darüber durch Einberufung der Historikerkommission beenden zu können. Über noch aufgefundene dokumentarische Belege wurde nun die damit wissenschaftlich belegbare Zahl von 18 000 Toten plus später aktenkundig gemachten 2000 Kellertoten plus einem Unsicherheitsfaktor von angenommenen 5000 Opfern im Februar 2009 die „maximale“ Opferzahl von 25 000 verkündet, was seitdem medial verbreitet wird. Dabei wird der ehrenrettende Zusatz vermieden: ... „ohne die nicht mehr nachweisbaren Opfer.“ Das ging der Wissenschaft wohl schon zu weit und entspricht einer beklagenswerten anpassenden Geschichtsbetrachtung unserer Tage.

Auf Alliiertes Seite spricht man von ca. 130.000, am Genfer Internationalen Roten Kreuz von 275 000 Opfern. Die Vernichtungsenergie in der mit Ostflüchtigen überfüllten, unvereidigten Zivilstadt mit einer an Materialschmelzen erkennbaren Feuersturmheizung bis 2000 Grad lässt nach mehr als einem halben Jahrhundert des höllischen Geschehens eine gültige maximale Opferzahlangabe nicht mehr zu.

Die begründete Schätzung im Chaos der Tatzeit schwankt zwischen 200 000 und 250 000. Der Diplomat und Autor Sir Harold George Nicolson, Parlamentarischer Privatsekretär des Informationsministers in Churchills Kriegskabinettt urteilt im Observer am 5.5.1963 über den Dresden-Einsatz:
 „The greatest single Holocaust by war“!

„Der Verzicht auf Wahrheit führt zur Diktatur der Beliebigkeit“
 (Josef Ratzinger)

POSTDEMOKRATIE - EINE SYSTEMANALYSE

Das Schlagwort unserer „Wertegemeinschaft“ heißt Steigerung des Wohlstandes. Dies lasse sich erreichen im Politischen durch die Verwirklichung der Demokratie und im Wirtschaftsleben durch den Kapitalismus.

Beides ist gekennzeichnet vom Diktat materialistischer Denkweise.

Es fehlt dabei gänzlich die Komponente, die das Bedürfnis unserer inneren seelischen Verfasstheit berücksichtigt. Besonders gefährdet ist eine junge Generation, deren tragfähige Lebensziele nicht bedient werden, „wenn man Freude hat an dem, was man tun soll in der Welt“ (Josef Leander Gamp). In der jüngst veröffentlichten Publikation „Die schrecklichen Kinder der Neuzeit“ beklagt der Philosoph Peter Sloterdijk mit großer Besorgnis und Schlüssigkeit der Herleitung unsere Lage.

Doch der gesamte Generationenkreis ist in der eingleisigen politisch propagierten Lebenswelt in Unsicherheit geraten und sieht sich der kälter gewordenen Konkurrenz ausgesetzt, die materielle Parameter exakt befolgen muss, um dem kapitalistischen Wirtschaftsdiktat gerecht zu werden. Es fehlen die als „höhere Werte“ angesprochenen Seiten erfüllter Lebensführung.

In diesem komplexen Zusammenhang zeigen sich Politiker als die eigentlichen Vollstrecker des Materialismus, die im realen Wohlstandsziel demokratiegerecht Wählergunst erhalten wollen und dadurch zu devoten Dienern des Kapitalismus werden. Dieser aber bewirkt extremes Geldstreben (s. Korruption, Spekulation, Datenkrieg...), letztlich Verarmung der Masse und Geldherrschaft Einzelner.

Die Politik wird zum Botendienst Weniger und gerät für ihren Existenzerhalt nach Bekanntwerden der Zusammenhänge notwendig ins Fahrwasser der Diktatur.

In unseren Tagen scheint sich die Feststellung Platons („Der Staat“) vom unvermeidlichen Weg der Demokratie zu ihrem gegenteiligen Ende zu bestätigen. Zugleich drängt sich die Vermutung auf, dass die (mit Krieg verbundene) Zielsetzung von Demokratieverbretung den Weg zur Machterweiterung und Herrschaft beschreibt.

Für dieses Ziel erscheinen bereits wesentliche beschworene Werte zusehends in Frage gestellt:

1. Die vom Grundgesetz der BRD (§ 5) festgelegte Meinungsfreiheit
2. eine den Fakten folgende, freie, nicht verordnete Geschichtsbetrachtung

zu 1: Eine den politischen Vorgaben widersprechende schlüssige Aussage wird mit Schlagworten unter dem Begriff „Kampf gegen Rechts“ statt ernsthafte Auseinandersetzung behindert. Das führt uns zum Ursprung unserer noch immer fehlenden Vollsouveränität, vom Alliierten Kontrollratsgesetz von 1945 zum Überleitungsvertrag von 1954 und zum 4+2 Vertrag von 1991.

Bestätigt wird dies u.a. in einer Ansprache des US-Präsidenten Barack Obama bei seinem Besuch 2011 im Hoheitsgebiet der USA, im rheinland-pfälzischen Ramstein: „Germany is an occupied country, and it will stay that way“!

Das bedeutet letztlich, dass auch Begrenzung des freien Wortes bestimmt werden kann und Politiker dem unterworfen sind. (Wesentliche Teile des Überleitungsvertrages und des 4+2- Vertrags sind übernommen und zu deutschem Recht geworden, s. a. mangelnde Vollsouveränität [Schäuble].)

Auswirkungen sieht man im Be- und Verhindern genehmigter Veranstaltungen, Einschränkungen von EU-Recht bezüglich § 130, stupende Einseitigkeit des medialen Erinnerens, etc. ...

Zu 2: Wahrheiten der Geschichte lassen sich nicht auf Dauer verbergen und überschießende Umerziehung der Deutschen nach bedingungsloser Kapitulation 1945 wird jetzt in ihrer Teilwahrheit (schlimmer als die Lüge, da leichter geglaubt) und Totallügen immer häufiger durchschaut und bloßgestellt. Die dahinterstehenden Kräfte begegnen dem mit immer dreister geführten Anklagen, werden aber dadurch eher erkennbar.

So fällt neuerdings die Häufung der Fernsehberichterstattungen über die Fehlleistungen der Deutschen Wehrmacht auf, wobei auch hier die Methode erkennbar wird, Wahrheit zu suggerieren, nachdem eine abgetretene Soldatengeneration nicht mehr zu fürchten ist. Dies erfolgt durch eine Mischung von historischen und gestellten Aufnahmen, deren Zeitabfolge nicht mehr zu kontrollieren ist.

Erinnerung an den Freispruch für die Wehrmacht beim sicher nicht wohlmeinenden Militärgerichtshof in Nürnberg, wie auch die positive Bewertung durch den Israelischen Generalstab vom 10.5.1958 Tel Aviv (Felix Steiner „Die Armee der Geächteten“ S. 209) soll damit entkräftet und dem Gedächtnis entzogen werden, lässt aber die Absicht umso deutlicher hervortreten.

Völlig verdrängt wird das Thema der Zusammenarbeit von Zionisten mit der Reichsregierung bis 1942 (Stalingrad), was ein Umdenken zum Nachteil bisheriger Belastungstendenzen bewirken könnte.

In gleicher Weise könnte die Freigabe bestimmter gesperrter Akten die vom Sieger diktierte Geschichte geraderücken (Sperrung der Hess-Akten ist von 2017 auf 2027 verlängert worden, Frankreich hält die Oradour-Akten bis 2053 gesperrt, und die USA kennen keinen Sperrtermin mehr, halten aber bestimmte Bereiche unter Verschluss.

Ein besonders trauriges Kapitel ist die verbreitete Unkenntnis über die „Größte Vertreibung der Weltgeschichte“ mit 15 Mill. Vertriebenen und 2,3 Mill. dabei Umgekommenen aus den deutschen Ostgebieten und Siedlungsgebieten des Ostens, wie es das amerikanische Repräsentantenhaus am 13. Oktober 1998 mit Aufforderung zur Wiedergutmachung verabschiedet hat (Resolution Nr. 562, USA-Repräsentantenhaus).

In unseren Schulbüchern der verschiedenen Bundesländer steht über dieses tragische, schicksalsschwere Geschehen wenig bis gar nichts. Diese Praxis folgt den vorgenannten Bestimmungen des 4+2 – Vertrages und seiner Vorläufer.

Der aus 21 Mitgliedern bestehende Stiftungsrat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ mit 6 Teilnehmern der Vertriebenenverbände will jetzt die Zahl der Vertreibungstoten auf 600.000 reduzieren, obwohl im Koblenzer Bundesarchiv die 2,3 Millionen Opfer nachgewiesen und vom Statistischen Bundesamt bestätigt sind.

Sind es die Ratsmitglieder aus den Vertreiberländern, die ihre Schande verkleinert sehen wollen? Unliebsam geworden, wurde der widersprechende Vorsitzende jetzt abgesetzt.

Man erkennt am besten die Methode, wenn man die Verbrechen der Sieger anspricht.

Die Tendenz der Verdrängung ist besonders am Beispiel des Flächenbombardements sichtbar, wie dies schon am 15. Mai 1940 im Britischen Kriegskabinett unter Churchill als kollaterale Möglichkeit beschlossen wurde. Präzisiert wurde es am 14. Februar 1942 als das eigentliche Kampfziel durch die „Area Bombing Directive“ der Royal Air Force als Flächenbombardement:

„Es ist klar, dass die Zielpunkte Siedlungsgebiete sein sollen und beispielsweise nicht Werften oder Luftfahrtindustrien. Das muss ganz deutlich gemacht werden.“ Die Taktik hieß „Moral Bombing“. Premierminister Winston Churchill hoffte, damit „die Moral der deutschen Zivilbevölkerung insgesamt zu zerstören und die der Industriearbeiter im Besonderen.“ (WDR.de, Zeitgeschichtliches Archiv, Stichtag: 14. Februar 1942).

Der Bombenkrieg wurde von England am Tag des Kabinettschlusses vom 15.5.1940, d.h. ein Vierteljahr vor der Reaktion der Reichsregierung begonnen (15. Sept. 1940).

Wieder lässt sich der Umgang mit der Geschichte zu Lasten des Besiegten erkennen. Der jahrzehntelange Betrug wird jetzt (auch über Historiker der Siegerseite) bei uns erkennbar und lässt die naheliegende Konsequenz des generellen Zweifels an der bisherigen Geschichtsvermittlung wachsen. Manches wird medial überhaupt nicht behandelt, wie die Rheinwiesen-Todeslager für 3 Millionen deutscher Gefangenen, was u.a. durch amerikanische Historiker angesprochen wurde (James Bacque, Der geplante Tod, 2008).

Erhellende Worte konnte man anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels am 10.2.2004 hören, als in seiner Dankesrede der Preisträger Péter Esterhazy die unwidersprochene Erklärung abgab:

„Die Deutschen haben die eigenen Vergehen beim Namen genannt, die eigenen Leiden haben sie nicht beim Namen genannt. Die eigenen Missetaten durch die deutschen Missetaten zu verdecken, ist eine europäische Gewohnheit. Der Hass gegen die Deutschen ist Europas Fundament in der Nachkriegszeit“.

Für unsere Politiker scheint es eine Überlebensfrage, die bisher geübte (verordnete) Geschichtsbetrachtung beharrlich zu verteidigen, obwohl berechtigter Zweifel immer mehr Nahrung erhält. Dies lässt sich auf Dauer nur im Dialog mit allen Seiten lösen, nicht durch Ausgrenzung, einseitiges Verschweigen und Bekämpfen.

Schon vor Jahren erkannte angesichts sich verändernder politischer Praxis der angesehene Zeitkritiker Günther Nenning die zu beobachtende Tendenz:

„Unsere Demokratie ist die Abschaffung der Demokratie unter Bejubelung der Demokratie.“

E.E. Korkisch

„Es wurde bisher grundsätzlich immer nur die Wahrheit verboten.“
(Friedrich Nietzsche, Philosoph)

Ich hoffe, dass die Geschichte der Deutschenvertreibung niemals geschrieben wird.
(Jan Stransky, Sohn des csl. Justizministers, in "East Wind Over Prague", S. 149)

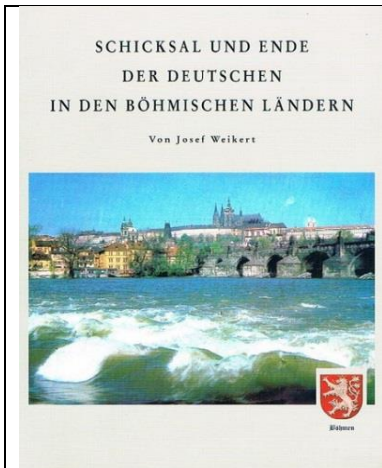
Wer jetzig Zeiten leben will, muss haben tapfers Herze.
Es sind der argen Feind gar viel, bereiten große Schmerze.
Da heißt es stehn ganz unverzagt in seiner blanken Wehre,
wenn sich der Feind auch an uns wagt: Es geht um Gut und Ehre.
Wer mit sich selbst in Frieden lebt, nach Frieden mit den Nachbarn strebt,
die Wahrheit über alles stellt und seinem Volk die Treue hält,
zeigt einen Weg zum Völkerfrieden, dem besten wohl, der uns beschieden.

Verfasser unbekannt (Aus dem 17. Jahrhundert (gekürzt))

Der Geist ist`s, der den Leib beschwingt,
die Seele, die das All durchdringt,
beschwingter Leib, beseelter Geist
gar fröhlich durch die Welten reist.

(von Dr.iur.Hubert Priebisch, Johannistal bei Jägerndorf, + 1959, Mitglied des Witikobundes)





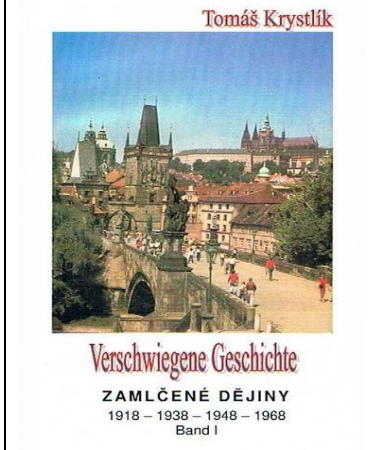
€ 5,-
Tomáš Krystlík



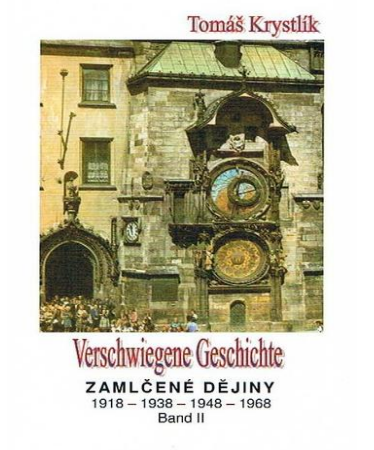
€ 5,-



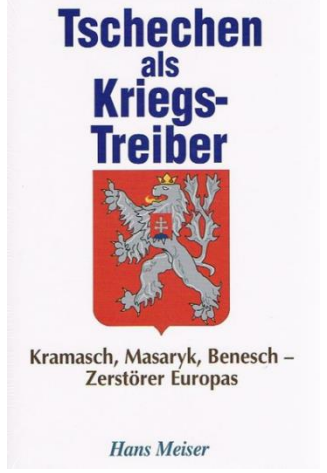
€ 11,-



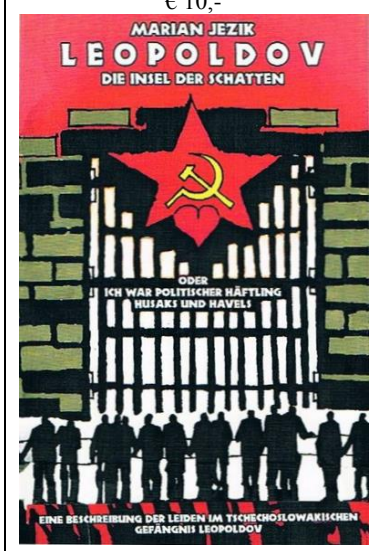
€ 10,-



€ 10,-



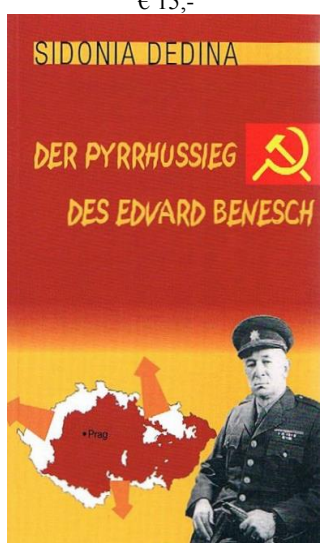
€ 15,-



€ 7,-



€ 10,-



€ 10,-

Bezug obiger Bücher über witikobund-bundesverband@freenet.de oder über die im Impressum (S.2) angegebenen Anschriften.